

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf
 Reichsfinanzminister
 Aufzeichnungen und Korrespondenzen

Bd. ¹⁰ 8

G. Nachkriegsthemen

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV			
Akz. 4952/73		Best. ZS/A 20	
Rep. H0		Kat. 110	

Was lernen wir aus dem Zusammenbruch?

Handgeschriebenes Manuskript von Graf Schwerin v. Krosigk, 22 Blatt.

Inhalt:

- I. Autokratie. Blatt
- Ursprung des "Führergedankens". Problem der Gefolgschaftstreue. Gründe für Scheitern des demokratischen Gedankens in Deutschland. Verdienste Stresemanns, Brünnings, Brauns, Severings. Autokratische Entwicklung in Türkei, Italien, Polen. Versagen des parlamentarischen Systems. 1 - 4
- II. Dolchstosslegende.
- Gefahr einer neuen Dolchstosslegende. Strategische Fehler im 2. Weltkrieg. Situation und Einstellung des deutschen Beamtentums und Offizierskorps. Rolle des Fahnenweides. Stellung der Generale zu Hitler. Gördele und die Widerstandsbewegung. Desorganisation auf dem Wirtschaftssektor. Hitlers Fanatismus. Gefahren der unumschränkten Alleinherrschaft. 5 - 10
- III. Der faule Kern.
- Der deutsche Zusammenbruch im Vergleich mit dem Untergang Roms. Grundzüge und Methoden des Nationalsozialismus. Zerschlagung des Moralbegriffs. Mangelnde Zivilcourage im deutschen Volk. Aufforderung zu Selbstprüfung und Objektivität. 10 - 13
- IV. Nationalismus.
- Neigung des Deutschen zu Extremen: Übersteigter Nationalismus oder Weltbürgertum. Mangelnde Achtung vor politischen Gegnern. Notwendigkeit des Denkens in grösseren Zusammenhängen. Europäische Friedenspolitik. 13 - 16
- V. Sozialismus.
- Demokratie und Oligarchie nach Aristoteles. Wurzeln des Sozialismus. Widerstreit der Ideen Freiheit und Gleichheit. Vorbild der englischen Labour Party: Einführung des Sozialismus im demokratischen Staat. Sozialistisches und liberalistisches Wirtschaftssystem. Leistungssteigerung durch Beteiligung des Arbeiters am Ertrag als Weg zu echtem Sozialismus. 17 - 20
- VI. Das Christentum.
- Problem der Grundlage für ein neues Europa. Absage an liberales Christentum. Glaube und Wissenschaft. Neue Wirksamkeit des Glaubens. Zusammenschluss der Konfessionen. 20 - 22

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

00000

[illegible]

Das Herz Dr. Leichter am Kaiserlichen Deutschen Hofe in Wien
wird auf das höchste Abzeichen am Hofe für die Kaiserin Maria Theresia
gegründet zum Kaiserlichen Hofe der Kaiserin Maria Theresia
auf dem Hofe in Wien im Hofe der Kaiserin Maria Theresia.

[illegible]

11300

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Das
 26
 Das größte Hindernis ist nicht die Schwierigkeit der Nationalität, sondern die Tatsache, dass die Nationen nicht in der Lage sind, sich zu vereinbaren, um die Welt zu regieren. Die Nationen sind zu egoistisch, um dies zu tun. Sie wollen nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Dies ist das größte Hindernis für die Weltfriede. Wir müssen uns überlegen, wie wir die Nationen dazu bringen können, ihre Interessen aufzugeben und sich für den Weltfrieden einzusetzen. Dies ist eine große Aufgabe, aber sie ist nicht unmöglich. Wir müssen nur die richtigen Schritte tun. Wir müssen die Nationen dazu bringen, ihre Interessen aufzugeben und sich für den Weltfrieden einzusetzen. Dies ist eine große Aufgabe, aber sie ist nicht unmöglich. Wir müssen nur die richtigen Schritte tun.

1. Die Nationen sind zu egoistisch, um die Welt zu regieren. Sie wollen nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Dies ist das größte Hindernis für die Weltfriede. Wir müssen uns überlegen, wie wir die Nationen dazu bringen können, ihre Interessen aufzugeben und sich für den Weltfrieden einzusetzen. Dies ist eine große Aufgabe, aber sie ist nicht unmöglich. Wir müssen nur die richtigen Schritte tun.

SS000

[illegible]

7 (zu S. 18 v). Als er den Krieger des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover, inoffiziell besuchte, sagte er nach einem Frühstück beim amerikanischen Botschafter Wilson gelegentlich zu einem so, soviel mit ihm. Er erwiderte sich mit eigenen Worten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er sagte für die Systeme des einen, das wir ausgesandt haben, und das hat eine starke Preis- und Lohnkontrolle in sich selbst. Er erwiderte auch, dass ein solches System Vorteile haben könnte, sagte aber hinzu, die Idee der Freiheit sei in Amerika so groß, dass sie das ganze System nicht nur in ein missbräuchliches System bringen würden. Er konnte mir antworten, dass es in den meisten Fällen sein sollte, dass es nicht, wie es scheint, so gut ist, dass es in einer solchen Weise in der Lage ist. Die Möglichkeit, für die wirtschaftliche Freiheit einen Preis zahlen zu können, ist ein Problem, das nur in Deutschland, erwidert. Am 12.

00025

[illegible]

~~00026~~

[illegible]

Einwilligung befehlt die willkürliche Fortsetzung der Untersuchung der Willkür. Im am

000000

Präsidenten

Wenn Kapazitäten ausfließen können, so ist die Willen der Kraft zu wichtiger psychischer
Gerechtigkeit nicht aufzugeben, so werden sie die Partei folgen, die die Prinzipien der Sozialismus der
nicht systematischen Kapitalismus auf den internationalen auf dem Faktor zu finden ist. Auf
Abwicklung der Stelle nicht nach Kommen, das sie sich mit unerbittlicher Härte entgegen. Der
bedeutet, daß die Parteien in Deutschland den Vorlieben für den bewußten Wandel
der deutschen Regierung tragen können, das die ausfließen von Vorgesetzten erdient
werden. So wird auf alle Fälle der Sozialismus, dann ist es nicht auf die einfache Formel
der Sozialen Gerechtigkeit und der Forderung der Abweisung der Dinge der, die ungeliebten haben im
Deutschland der Gesetzgebung können. Das ist die Sache der wirtschaftlichen und politischen Lage
in der Zeit gegeben. Es handelt sich nicht um die Idee und die Macht. Es ist zu zeigen,
daß die "sozialistischen" die "psychologischen" Parteien auf den Felsen der Vergangenheit
gelebt haben und die Forderungen der Gegenwart nicht ablehnen, sondern mit kleinen
Begriffen und den Ideen mit anderen Jahren gegenüber, daß die Ideen nicht die
besten von Notwendigkeiten, welche die Parteien, das heißt, für die auf dem
Gebiet der Ideen zu geben, ist es auf dem die Forderung der Gerechtigkeit,
auf dem Gesetzgebung der Gerechtigkeit erfordert, als "psychologische" ablehnen, daß
die Parteien nicht die Verantwortung der Sozialismus in einem System ablehnen,
daß die Partei zu politischen Verantwortung, die Partei der die Forderung, den
Weg zu sozialistischen Parteien nicht.

Der Präsidenten

Wenn die Grundlagen für ein neues System gelegt werden sollen,
so werden sie auf die Grundlagen der Parteien zu sein, die die Partei der Forderung
sollen. Man wird sich daran erinnern müssen, daß die deutschen Parteien
auf der Grundlage der Forderung ein neues System, wie die Parteien überleben
sollen, eine große Aufgabe und die Parteien der Forderung der Parteien
Grundlagen sind. Die Parteien der Parteien der Parteien der Parteien.

00027

den Klingen die stärksten Gegen der Bedrückung hervorgeht. So Friedrich (s. f.) in die Klingen
 es wieder stark aus der Tiefe der großen Jüden religiöser Erlebung und Bewegung ein-
 geleitet, der "Geist der neuen Jugend", der auf die Mann mit dem Geiste der Erlebung,
 bringe für die künftige Geschichte einsteht und die Geschichte haben bewegt, daß es nicht
 mit dem sonntäglichen Gottesdienste getan sei, und daß Freiheit der für die künftige Künftige-
 tungsbau, in unantastbaren Aussagen der schlichten - und lieblichen Worte der deut-
 lichen Menschen verkündet. Man spricht so ist das, daß eine Reaktion der christlichen Lehre
 nötig sei, daß man den alten die "Dogmen" modernisieren und dem Christen die ihm
 fremden Dinge anzusehen muß. Es glänzt, daß der völlig selbst gegeben ist. In gerade
 aus der evangelischen Kirche selbst eine Bewegung gemacht, christliche Lehre und
 moderne Denken in Abhängigkeit zu bringen, die "liberalen" Richtungen der
 protestantischen Kirche, die uns flucht, sich selbst zu erklären. In der christlichen
 Geist in die Geschichte der Welt eintritt, in so weit es in die christliche Kirche der
 Sonnenaufganges der in die christliche Kirche der Sonne sinkt zu versinken mag,
 in so klar wird es sein, daß eine Bewegung vorhanden ist, aber die christliche Bewegung
 nicht ohne Zwang zu bewegen erwacht, daß der Bewegung der "Katholik" nicht selbst stehen
 kann, daß eine Lehre vorhanden ist, die nur dem Christen geöffnet ist und in der
 der Christen Mangel. Die christliche Kirche ist ein wenig und besser denn ge-
 worden, als in der Kirche, die aufklärerische Bewegung alle Weltanschauung zu lösen sich
 versucht. So steht die Bewegung, welche die Weltanschauung in einem Ge-
 biet, der dem Christen offen ist. Die Bewegung in dieser Kirche bilden sich die
 ganz neue, zur Religion der neuen Magie, zum Glauben der zum Abhängigen,
 zum Fortschritt der Gottes Wort und Sakrament erwacht, der zum Ketzerei,
 der zum Ketzerei mit Katholik den christlichen Kirche einen Blick in die
 Bewegung der Ketzerei verleiht. Die christliche Kirche der Ketzerei aller Art ist

[illegible]

[illegible]

7 Sept 1940,

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Je mehr die Krieg in die Schicksale der Voelker eingreifen und zu sozialen und wirtschaftlichen Umwaelzungen fuehren, je mehr die Kriege sich aus Kabinettskriegen vergangener Jahrhunderte zu Volkskriegen wandeln, an denen handelnd und leidend die ganze Bevoelkerung eines kriegsfuehrenden Landes beteiligt ist, um so staerker tritt die Frage der Schuld am Kriege in den Vordergrund. Als die napoleonischen Kriege, an denen zum ersten Male alle Laender des europaeischen Kontinents mittelbar oder unmittelbar teilnahmen, viele Jahre hindurch diesen Erdteil in staendiger Unruhe gehalten hatten, war es eine der elementarsten Forderung der Voelker der verbuendeten Sieger, den Urheber dieser voelkerverwuestenden Noete und Leiden, den Kaiser Napoleon, zu strafen und fuer immer unschaedlich zu machen. Hatte die Verbannung nach Elba dieser Forderung nicht genuegt, so war die Verbannung nach St. Helena fuer den Zweck der Unschaeeligmachung durchaus geeignet, als Bestrafung schien sie vielen nicht ausreichend zu sein. Auch haben damals Staatsmaenner wie Schriftsteller sich heftig gegen die Entscheidung des Wiener Kongresses gewandt, der bei der Beurteilung der Kriegsschuld einen Unterschied zwischen Napoleon und dem franzoesischen Volke machte und nur dem Kaiser Schuld und Verantwortung beimass, obwohl dieser der Sohn und Erbe der Revolution von 1789 war, welche die Souveraenitaet des Volkes auf ihr Panier geschrieben hatte. Und doch war diese Entscheidung weise, sie entfachte keine Rache- und Hassgefuehle in Frankreich und ist die Begrueundung dafuer, dass das 19te Jahrhundert fuer Europa zum friedlichsten Jahrhundert seit dem Mittelalter wurde, sodass ein wirtschaftlicher Aufschwung ungeahnten Ausmasses Platz greifen konnte. Nach dem Weltkrieg I spielte die Kriegsschuldfrage erneut eine wichtige Rolle. In zwei Bestimmungen des Vertrages von Versaille trat sie in Erscheinung. In einem Artikel wurde die Pflicht Deutschlands zur Auslieferung der Kriegsverbrecher festgelegt. Die Liste der Kriegsverbrecher begann mit dem Kaiser und enthielt die damaligen bekannten Hefrfuehrer. Jahrelang ist um diese Frage ein erbitterter Kampf gefuehrt, bis er seinen Abschluss in einer Reihe von Strafprozessen fand, die vor dem Reichsgericht gegen Maenner stattfanden, die auf dieser Liste genannt waren. In Deutschland wurden diese Prozesse als eine Schmach empfunden, im Ausland kritisierte man die Urteilssprechung des Reichsgerichts als nicht ausreichende Suehne. In dem anderen Artikel musste Deutschland die Alleinschuld am Kriege bekennen. Gegen dieses Schuldbekanntnis haben sich alle Deutschen Regierungen

immer wieder als entwürdigend, ungerecht und unwar⁶ gewandt. Kaum eine andere ^{Misung}
25/A-20 / 10 - 61
hat so leidenschaftlichen Widerspruch im ganzen deutschen Volke gefunden.

Auf der Seite der Alliierten hielt man aber gerade an dieser Bestimmung hart-
naeckig fest, weil man sie als die Grundlage und die Rechtfertigung der harten
Bestimmungen des Friedensvertrages ansah. Das "Vae Victis!" sollte mit dem
Mantel der Gerechtigkeit bedeckt werden.

War schon im ersten Weltkrieg die Forderung erhoben und in den Friedensver-
trag aufgenommen worden, die nach Ansicht der Alliierten an der Entfesselung
des Krieges verantwortlichen Maenner persoenlich zur Rechenschaft zu ziehen,
so verschaeftete sich jetzt das jetzt zu der Forderung von Strafprozessen vor
Internationalen Gerichten gegen alle, die am Kriege eine Schuld trugen oder
sich gegen Gebote des Voelkerrechts und der Menschlichkeit vergangen hatten.
In diesen Prozessen stand und steht nicht das Deutsche Volk vor Gericht,
sondern seine bisherigen Machthaber. Aber man kommt in diesen Prozessen an der
Frage nicht vorbei, ob ueber die Schuld des einzelnen hinaus eine Gesamtschuld
des Deutschen Volkes besteht. Doch hat diese Frage noch viel mehr politische als
rechtliche Bedeutung. Denn davon, wie diese Frage beantwortet wird, haengt die
Gestalt des kuenftigen Friedens mit Deutschland ab. Es ist ganz selbstverstaend-
lich, dass eine Feststellung, dass das Deutsche Volk in seiner Gesamtheit als
verantwortlich fuer den Krieg angesehen werden muesse, zu einer anderen Stellung-
nahme gegenueber den Problemen des deutschen Friedens fuehrt, als die Feststellung,
dass man von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes nicht sprechen koenne.

Es ist ebenso selbstverstaendlich, dass ^{ein} im Volk immer fuer die Handlungen
und Vergehen seiner Fuehrer leiden muss, dass zu der Wiedergutmachung der Leiden
und Schaeden, die ueber die Welt gekommen sind, in erster Linie das Volk
beitragen muss, von dessen Leitenden Maennern sie ausgegangen sind. Aber in der
Bemessung dieses Beitrages, in der Festsetzung der Opfer, die das besiegte Volk
uebernehmen, in den Lasten, die es tragen muss, in den Bestimmungen des Lebens-
standards, der diesem Volk belassen werden soll, gibt es Gradunterschiede, die
von der voelligen Vernichtung bis zu der alsbaldigen Aufnahme als gleichberech-
tigter Partner der Voelkergemeinschaft reichen. Die verschiedene Behandlung
Frankreichs im Wiener Kongress und Deutschlands in Versailles zeigt den weit-
gespannten Bogen dieser Gradunterschiede. Deshalb ist die Pruefung der Frage,
ob und in wie weit ein besiegtes Volk als Gesamtheit eine Verantwortung fuer den
Krieg, seinem Ausbruch und die Art seiner Fuehrung traegt, ob und in wie weit

daher von einer Kollektivschuld dieses Volkes gesprochen werden kann, von entscheidender Bedeutung nicht nur fuer dieses Volk selbst, sondern auch fuer die Siegermaechte. Denn auf Ihnen ruht die ungeheure Verantwortung, in den Bestimmungen des Friedensvertrages den grossen, ewig richtungsgebenden Ideen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen und dadurch einen Fortschritt in der Geschichte der Menschheit herbeizufuehren; Auf Ihnen ruht die Verantwortung fuer einen Frieden, dessen Bestimmungen auch von dem unterlegenen Volk als gerecht empfunden werden muessen und daher nicht eine Saat erneuten Hasses sind, dessen Ernte nur Rache und Gewalttat sein kann. Deshalb ist die Frage nach der Kollektivschuld des Deutschen Volkes keine akademische und theoretische, sondern eine Frage grosser politischer Aktualitaet.

Man kann die Kollektivschuld des Deutschen Volkes bereits in der Tatsache erblicken, dass es sich Hitler zum Fuehrer erwählt hat. Man koennte dies damit begruenden, dass allein schon die Ersetzung der Demokratie durch das Fuehrerprinzip, das Programm der NSDAP, mit der Parole des Rassenkampfes und schliesslich die durch Hitler's Buch "Mein Kampf" in der Gefaehrlichkeit seiner Mittel wie zu seiner Ziele deutlich zu erkennende Persoenlichkeit Hitler's Tatsachen waren, die den Zwang zur klaren Entscheidung: Fuer oder Wider ! in sich trugen. Entschied sich das Volk fuer Hitler, so entschied es sich damit zugleich fuer Diktatur, Rassenkampf und die nur mit Mitteln der Gewalt zu erreichenden Ziele Hitler's und damit auch fuer alle Folgen, die sich moeglicher- oder notwendigerweise hieraus ergeben wuerden. Diese Argumentation wird den mancherlei Gruenden nicht gerecht, die so viele Menschen veranlasst haben, fuer Hitler ihre Stimmen bei Wahlen abzugeben. Man kann an der Hand der Wahlen von 1920 bis 1933 genau die Gruende feststellen, die jeweils die Waehler bestimmten, sich fuer die NSDAP auszusprechen. Man wird dann feststellen, dass die Kurve der Wahlerfolge immer parallel wirtschaftlichen Noeten und aussenpolitischen Schwierigkeiten verlief. Der Erfolg der Partei in der Fruhjahrswahl 1924 beruhte auf dem Versailler-Vertrag, dem Ruhreinfall und der Inflation, der Stimmenrueckgang in der Herbstwahl 1924 auf dem "Wunder der Rentenmark" und der Raevung des Ruhrgebiets.

Dass die NSDAP von 1924 bis 1928 keine Fortschritte machte, war der in diesen Jahren dank den Auslandskrediten einsetzenden wirtschaftlichen Erholung und der mit der Stresemann-Politik verbundenen Besserung der aussenpolitischen Lage zuzuschreiben. Der Stimmenzuwachs in den Wahl 1930 war das Ergebnis der 1929 einsetzenden Wirtschaftskrise und des Kampfes um den Young-plan, in dem ein grosser Teil des Volkes nicht die erhoffte Lösung der Reparationsfrage, sondern ein Anlass fuer eine Verschaeferung der Krise erblickte. Die Verdoppelung der Stimmen bei der Wahl 1932 war die Folge der sich verschaefernden Arbeitslosigkeit und des aussenpolitischen Misserfolgs bei dem Versuch, eine Deutsch-Oesterreichische Zollunion zu erreichen. Man sieht aus dieser Entwicklung, die in Anlage I (heute) eingehender dargestellt ist, dass die Stimmabgabe fuer Hitler weniger eine positive Befaeigung seines Programms bedeutete, als einen Protest gegen aussenpolitische Bedrueckung, gegen wirtschaftliche Not und gegen die Unfaehigkeit der sich zerfleischenden und immer mehr aufloesenden buergerlichen und sozialistischen Parteien, dem Probleme Herr zu werden. Eine Kollektivschuld des Deutschen Volkes kann man daher aus dieser Entwicklung nicht herleiten.

Man koennte ferner nur Annahme einer Kollektivschuld gelangen, weil von 1933 an ein immer grosser werdender Teil des Deutschen Volkes sich dem Nazi-System unterstellt und es durch seine Mitarbeit gestuetzt hat. Zwar haben die Nationalsozialisten selbst in der Wahl von 1933 die absolute Mehrheit nicht erreicht, aber sie bildeten doch die weitaus staerkste Partei. Eine verfassungsmassige Regierung konnte ohne ihre Beteiligung nicht gebildet werden, wie denn die Kabinette Bruening, Papen, Schleicher praktisch schon unkonstitutionelle, mit dem Diktaturparagrafen des Reichspraesidenten ^[-] arbeitende Regierungen gewesen waren, [an Stelle der Mitwirkung der Parlamente]. Bei den Entschliessungen, die damals Politiker, Staatsbeaunte und Parteien zu treffen hatten, handelte es sich also nicht um die Frage, ob Hitler an die Regierung kaeme - das war unvermeidlich geworden -, sondern nur wie sich die Regierunguebernahme vollziehen wuerde, im Wege einer blutigen Revolution oder im Wege einer legalen Evolution mit dem Versuch, einer ev. gefaehrlichen Entwicklung moeglichst viel Bremsen anzulegen. Man kann nicht ex post, auf Grund der inzwischen eingetretenen Ereignisse, Ueberlegungen und Entscheidungen verurteilen, die allein aus der damaligen Situation heraus verstanden und bewertet werden koennen. Die wachsende Volks-

tuenlichkeit, die Hitler damals auch bei Deutschen fand, die ihm skeptisch oder feindlich gegenueber gestanden hatten, verdankte er seinen aussenpolitischen Erfolgen, der erstaunlichen Besserung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere der raschen Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, und der Anerkennung, die ihm das Ausland zuteil werden liess. Gerade diese Haltung des Auslandes hat viel dazu beigetragen, Bedenken gegen seine Persoenlichkeit und seine Politik fallen zu lassen und die Bemuehungen der Deutschen Widerstandsbewegung zu vereiteln. Wenn man hier eine Schuld konstruieren will, trifft sie sicherlich ^{nicht} das Deutsche Volk allein. Das Naechere zu diesem Punkt enthaelt Anlage II. ← Fehl.

Der schwerste Vorwurf, der gegen das Deutsche Volk erhoben werden kann, ist der, dass es Hitler's Kriegspolitik mitgemacht habe und mithin seine Schuld am Kriege in vollem Umfang teile. Gegen diesen Vorwurf ist einzuwenden, dass das Deutsche Volk in seiner ueberwaeltigenden Mehrheit den Frieden wollte, die Aufruestung nicht als Kriegsvorbereitung ansah und auch nicht anzusehen brauchte, den wiederholten Friedensbeteuerungen ^{Hitler's} vertraute und daher bis zum letzten Augenblick nicht an den Kriegsausbruch glaubte. Als er trotzdem eingetreten war, glaubte das Deutsche Volk fuer eine gerechte Sache zu kaempfen. Manche, die innerlich diesen Krieg ablehnten, taten trotzdem ihre im Kriege von jedem Staatsangehoerigen erwartete und verlangte Pflicht. Die Hartnaeckigkeit, mit der das Deutsche Volk den Krieg fortsetzte, auch als er schon verloren war, ist aus den Bombenangriffen zu erklaren, die, statt die Widerstandskraft zu laechmen, sie staerkten, und aus dem Verlangen der bedingungslosen Uebergabe, das mit dem Fortfall von Verhandlungsmoeglichkeiten den Krieg bis zum Aussersten als einzigen Ausweg erscheinen liess. Dass mithin auch unter diesem Gesichtspunkt von einer Kollektivschuld des Deutschen Volkes nicht gesprochen werden kann, weist die Einzelnen Anlage III nach. ← Fehl.

Ein weiterer schwerer Vorwurf koennte sich darauf gruenden, dass das Deutsche Volk die gegen Recht und Menschlichkeit begangenen Verbrechen gekannt habe, ohne sich, von Ausnahmen abgesehen, dagegen zur Wehr zu setzen. Dieser Vorwurf stellt das in allen Diktaturen gebrueuchliche, unter Hitler zur Vollkommenheit ausgebaut System der Geheimhaltung nicht in Rechnung, das allgemein und grundsaeztlich alle Fachressorts auf die Kenntnis des in ihr Gebiet Schlagenden beschraenkte und die Uebersicht im Grossen nur der obersten Stelle vorbehielt, und das im Besonderen alle Vorgaenge im Bereich Hitler's mit einer dichten Mauer sorgfaeltig

/ umhueteten Geheimnisses umgab. Anlage IV fuehrt dies naeher aus. Wenn in Einzel-
faellen die Kenntnis von Verbrechen nicht auf den Kreis der daran Beteiligten
und einer verdienten Strafe Schuldigen beschraenkt geblieben ist, so kann
hierauf nicht auf eine Kollektivschuld des Deutschen Volkes geschlossen
werden. Denn einmal kann man dem Einzelnen vielleicht den Vorwurf der Schwaeche
machen, es ihm aber nicht als Schuld anrechnen, wenn er nicht den Heroismus
eines erfolglosen und fuer ihn selbst mit Lebensgefahr verbundenen Eingreifens
aufbrachte. Vor allem aber hatte die grosse Masse des Volkes von diesen Ver-
brechen tatsaechlich keine Kenntnis.

Es ist somit nicht verwunderlich, dass im Murnberger Prozess wohl die Schuld
einzelner Menschen und einzelner Organisationen, aber nicht eine Kollektivschuld
des Deutschen Volkes festgestellt worden ist. Das geht schon daraus hervor, dass
nicht nur einzelne Angeklagte freigesprochen, sondern auch Organisationen, der
Generalstab, das Reichskabinett, die SA nicht fuer verbrecherisch erklart wor-
den sind. Wenn schon im Mittelpunkt des Geschehens stehende Maenner und Organi-
sationen nicht als schuldige befunden wurden, dann gilt dies im verstaerkten
Masse von der Masse des Deutschen Volkes. Die These von einer Kollektivschuld
kann daher in keiner Form und auf keinen Fall aufrecht erhalten werden.

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Vorschläge zur Denazifizierung.

Dem Ziel, zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk eine Atmosphäre des Vertrauens herzustellen, steht ein großes Hindernis entgegen, das Denazifizierungsgesetz, denn selbst wenn die Internierungsfrage durch eine großzügige und schnelle Entlassung aller nicht wirklich Schuldigen, gegen die ein Verfahren wegen eines Verbrechens nicht durchgeführt werden soll, gelöst wird, bleibt das Problem der Denazifizierung in ganzer Schwere bestehen. Die Besatzungsmächte können sich nicht auf den Standpunkt zurückziehen, daß diese Frage von den Deutschen gelöst werden müsse, daß sie die Westmächte nichts angehe; denn es sind ja gerade die Westmächte gewesen, die die Denazifizierung in ihrer augenblicklichen Form gefordert haben, die an der ihnen nicht genügenden Schärfe der Durchführung schroffe Kritik geübt haben, ja die nach der bekannten Erklärung des Generals Clay vom November 1946 die Art der Durchführung gewissermaßen zum Prüfstein dafür gemacht haben, ob man der Verwaltung im neuen Deutschland Vertrauen schenken darf oder nicht. In der amerikanischen Zone bleibt daher Amerika für die Wirkungen verantwortlich, die die Fortsetzung dieses Verfahrens hervorgufen wird. Amerika ist daher selbst auf das stärkste an der Art dieses Verfahrens und an seinen etwaigen verhängnisvollen Wirkungen interessiert.

Das Verhängnisvolle liegt nun nicht bloß darin, daß die Denazifizierung Haß und Angst und Unsicherheit und Not in Millionen Deutscher Familien trägt, deren Ernährer unter dieses Verfahren fallen und selbst wenn sie nicht zu den Schuldigen gehören, Verlust des Amtes und der Pension, Beschränkung ihrer künftigen beruflichen Tätigkeit, mit einem Wort Vernichtung ihrer bürgerlichen Existenz zu gewärtigen haben. Ebenso schlimm ist, daß dieses Verfahren bei denen, die zu Gericht sitzen sollen, an die schlechtesten menschlichen Eigenschaften appelliert, die Furcht, die Rache, den Neid. Die Furcht: zuviele sind sich dessen bewußt, daß sie oft nur durch einen Zufall davor bewahrt geblieben sind, als Mitglieder der NSDAP jetzt selbst vor einer Spruchkammer zu stehen, meist nur durch den Zufall, daß die Schließung der Mitglied-

~~00128~~

schaft, die schon 1933 durchgeführt wurde, den Zustrom von Millionen weiterer Mitglieder verhindert hat. Es war das die Zeit, in der selbst ein Karl Severing um seinen Eintritt in die Partei nachgesucht hat. Ich will ihm daraus keinen Vorwurf machen, sondern ihn nur als Beispiel anführen für den Wunsch, der damals Millionen beseelte, in die Partei einzutreten. Nun muß jeder befürchten, daß irgend ein "guter Kamerad" mit dem er damals über seine Absicht gesprochen hat, jetzt diese Absicht mitteilt und ihn damit auch zu einem macht, der unter das Verfahren gehört. Und wenn ~~nimm~~ von solcher Denunzierung nicht viel öfter Gebrauch gemacht wird, dann doch nur aus dem Grunde, weil der "gute Kamerad" selbst in der gleichen Lage ist. Und wenn einer nicht zu fürchten braucht, daß solche Absichten der Vergessenheit entrissen werden, so droht ihm vielleicht eine andere Gefahr, nämlich die, daß er während der 12 Jahre der "Nazi-Herrschaft" gute Geschäfte gemacht und daher als Nutznießer des Systems angesehen werden kann. Wie vielen ist es nicht unter dem System sehr gut gegangen, auch wenn sie nicht Mitglieder der Partei waren, und sie haben seine Segnungen gern in den Kauf genommen. Sind sie dadurch nicht mitschuldig geworden? Diese ständige Furcht veranlaßt schwache Charaktere, sich in der Verurteilung und Beurteilung ehemaliger Nazis durch besondere Rigorosität hervorzutun, damit keiner wagen darf, ihr Antinazitum in ~~den~~ Zweifel zu ziehen.

Rachsucht: Es ist eine alte Erfahrung, daß Möglichkeiten, andere Menschen nicht wegen bestimmter Verbrechen, sondern aus politischen Gründen zur Rechenschaft zu ziehen, gern dazu benutzt werden, alte persönliche Feindschaften auszutragen. Beleidigungen aus alter Zeit werden wieder hervorgeholt, längst vergessene Streitigkeiten werden wieder lebendig. Und der Mann, der seinen Rachegefühlen gegen den Polizisten, der ihn mal hart angelassen hat, gegen den Steuerbeamten, der ihm nach seiner Ansicht zu viel Steuern abgenommen hat, gegen den Schaffner, der ihn grob und beschämend aus dem Omnibus geworfen hat, weil er versucht hatte, ohne Karte die Fahrt mitzumachen - um aus der Fülle des Alltagslebens nur ein paar Beispiele herauszugreifen -, der kann sich vor dem eigenen Gewissen noch damit rechtfertigen, daß er ja nur einen "Schädling" zur Strecke gebracht hat.

~~00000~~

Neid: Bei solchen Verfahren spielt auch unvermeidlich die Triebfeder: "Ôte-toi, que je m'y mette", eine entscheidende Rolle. Man denazifiziert Männer, an deren Stelle man sich selbst gern setzen will. Wenn nach Zeitungsnachrichten (Rhein-Neckar-Zeitung vom 28.12.45. Nr.138. "Politische Säuberung geht seltsame Wege") die Eisenbahnergewerkschaften in Hessen gegen die Beförderung von vier politisch belasteten höheren Beamten Einspruch erhoben und Dr. Fromm, den Generaldirektor der Eisenbahnen in der US-Zone, ablehnt, da er als Ministerialdirigent im früheren Verkehrsministerium und als Vorstandsmitglied der Reichsbahn-Gesellschaft als ein "Nutznießer der Bewegung" anzusehen sei, so bringt das den Neidcharakter deutlich zum Ausdruck und bestätigt im Übrigen, was oben über die Unsicherheit gesagt ist, in der sich die "Nutznießer" befinden. Wenn der öffentliche Ankläger der Spruchkammern Frankfurt, Oppenheimer, ausführt, daß die Gewerkschaften bereits festgestellt hätten, daß schon innerhalb ihrer Kreise genügend politisch Unbelastete zur Besetzung der Stellen zu haben seien, die auch weiterhin von ehemaligen Parteimitgliedern gehalten würden, so wird hier nicht einmal versucht dem Neidgedanken, ein verschönendes Mäntelchen umzuhängen. Man kann auch nicht allgemein sagen, daß die nicht der Partei angehörenden Beamten und Angestellten in Behörden und Betriebsverwaltungen während der Nazi-Herrschaft zurückgesetzt worden seien und daher jetzt einer Wiedergutmachung bedürften. Das ist vielleicht in den oberen Stellen der politischen Ministerien der Fall gewesen, inden technischen Verwaltungen, wie der Finanzverwaltung und den Verkehrsverwaltungen, war es bestimmt nicht so. Dort wurde nicht nach der Parteigehörigkeit, sondern nach der Leistung befördert. Es mag vielleicht im Einzelfall einmal ein Parteimitglied einem Nichtparteimitglied vorgezogen worden ~~zind~~ sein, grundsätzlich entschied die Leistung. Ich habe mich nie darum gekümmert, ob ein Beamter der Partei angehörte oder nicht, sondern nur nach der Leistung gefragt. In der Reichsbahn unter Minister Dorpmüller ist das nicht anders gewesen. In der Reichspost war die Lage allerdings eine andere, da Minister Ohnesorge ein sehr altes Parteimitglied war. Es kam eben auf den obersten Vorgesetzten an. Wenn jetzt aber bei der Reichsbahn ~~xxx~~ die angeblich zurückgesetzten Angestellten in die Stellen der von politisch Belasteten dringen wollen, dann ist das, um es

~~ccccc~~

mit dem Titel eines bekannten französischen Buches zu bezeichnen: "Le culte de l'incompétence".

Die Gefahr der Demoralisierung ist aber nicht nur bei denen gegeben, die nicht unter das Verfahren fallen, sondern natürlich auch bei denen, die dem Verfahren unterworfen sind. Da der Grundfehler des Gesetzes darin liegt, daß allein schon die Zugehörigkeit zur Partei oder einer ihrer Gliederungen das Verfahren in Bewegung setzt und da, wie schon ausgeführt, die Strafen, deren Zumessung völlig im Ermessen der Spruchkammer liegt, zur Vernichtung der bürgerlichen Existenz der Betroffenen führen können, ist es menschlich begreiflich, daß nun so viele den Beitritt zur Partei als erzwungen hinstellen, daß sie darlegen, wie sie immer schon dagegen gewesen seien, daß sie hervorzuheben versuchen, was sie Alles an Sabotageakten gegen die Bewegung unternommen hätten. Wird bei der einen Hälfte des deutschen Volkes durch die Denazifizierung Furcht, Rachsucht und Neid hervorgerufen, so bei der anderen Hälfte: Furcht, Heuchelei und Lüge. Wenn, um nur ganz wenige Beispiele zu aus den ersten Tagen des Jahres 1947 zu nennen, die Denazifizierung Fortwänglers monatelang die Presse beschäftigen muß und einen Tag vor der zweiten Verhandlung ein Mitglied der Spruchkammer sein Amt niederlegte, wenn in Bayern der Statskommissar für die Opfer des Faschismus ~~war~~ ein Schreiben an den bayerischen Generalkläger richtete, in dem er die ~~Einreihung~~ Einreihung eines KPD Funktionärs durch die Berufungskammer München in die Gruppe der Mitläufer als krasse Fehlentscheidung kritisierte, welche zeige, daß "das Gesetz jetzt sogar zur Bestrafung antifaschistischen Kampfertums mißbraucht werde, wenn schließlich in Württemberg als Begründung für den Rücktritt ~~dem Denazifizierungsproblem gegenüber angegeben wird~~ des Ministers Kamm die interesselose und oft feindliche Haltung der deutschen Bevölkerung dem Denazifizierungsproblem gegenüber angegeben wird, so zeigen diese Beispiele, wie weit die Krisis der Denazifizierung bereits gediehen ist. Amerika hat ein vitales Interesse daran, Alles nur denkbare zu tun, um diese drohende Demoralisierung des gesamten deutschen Volkes, die Nazifizierung durch das Denazifizierungsgesetz zu verhüten.

Wie kann das geschehen? Der neue hessische Ministerprä-

~~00000~~

sident Christian Stock sagt in seiner Antrittsrede: " Die Aktivisten und Schuldigen müssen schwer bestraft, den Mitläufern und weniger Schuldigen je nach ihren sozialen Verhältnissen Bußen auferlegt werden. Dann muß ihnen aber der Weg in die Gesellschaft offenstehen. Darüberhinaus muß jede Diffamierung aufhören. Für alle anderen fordere ich eine Generalamnestie". Diese Grundsätze sind verständig und begrüßenswert. Es kommt aber auf die Ausführung an. Wer sind Aktivisten und Schuldige, wer sind Mitläufer und weniger Schuldige, wer sind alle anderen? Der Ministerpräsident geht von einer fehlerhaften Grundeinstellung aus, wenn auch er allein schon die bloße Mitgliedschaft als Verbrechen ansieht. Sonst könnte er ja nicht für Mitglieder wenigstens "Bußen je nach ihrer sozialen Stellung" fordern. Trotz der aner kennenswerten guten Absicht kommt man auf diesem Wege nicht zum Ziele. Es scheint mir allerdings, daß der Ausgangspunkt des bayrischen Ministers Loritz (Mittelbayrische Zeitung vom 4. Jan. 47. Nr. 1 "Interview mit Minister Loritz") noch weniger richtig ist. Er beabsichtigt, die Hauptschuldigen und wirklichen Nazis, an die sich bisher niemand herangewagt habe, jetzt unverzüglich hart anzufassen, die Mitläufer unberücksichtigt zu lassen und die Standhaften zu belohnen. Ganz abgesehen davon, daß die Frage, wer denn wieder die "wirklichen Nazis" sind, wieder alle nur denkbaren Zweifel auslöst, ob es hier z.B. auf die Höhe seiner Stellung ankommt, obwohl es unter den hohen Funktionären solche gegeben hat, die, soweit ihre Macht reichte, bestrebt waren, anständig zu handeln und Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, und daß die gleiche Frage bei den Mitläufern entsteht, ob also kleine Funktionäre stets als Mitläufer zu gelten haben, obwohl gerade unter ihnen zahlreiche die Bevölkerung bedrückt und ihre Stellung benutzt haben, sich ungerechtfertigte Vorteile zu verschaffen, ganz abgesehen davon geht Minister Loritz von dem "fast übermenschlichen" Druck aus, der 12 Jahre lang auf die ausgeübt wurde, die sich nicht haben beugen lassen und den Eintritt in die NSDAP verweigerten". Das stellt, so sehr zugegeben werden muß, daß die Partei in steigendem Maße - aber nicht unter allen Umständen - für leitende Stellung die Parteizugehörigkeit forderte, die tatsächlichen Geschehnisse geradezu auf den Kopf. Es sei nur, als ein Beispiel unter vielen, erwähnt, daß in meiner Verwaltung die außerordentlich wichtige Stelle des Präsidenten der

deutschen Zentralgenossenschaftskasse, 12 Jahre der Nazi-Herrschaft hindurch von einem Nichtparteimitglied, Dr. Helferich, besetzt war, und daß ich ihn sogar, als er wegen seiner intimen Freundschaft mit verschiedenen am Attentat des 20. Juli Beteiligten in den Verdacht der Mittäterschaft geriet, verhaftet wurde und erst nach vielen Wochen wegen mangelnder Beweise freigelassen wurde, in seiner Stellung belassen wurde. Im übrigen war es tatsächlich doch eher so, daß sich die Partei "dem fast übermenschlichen Druck" der ungezählten ihre Reihen eingutretenden Sichmühenden nur durch Sperre der Mitgliedschaft entziehen konnte. Minister Loritz hat dann auch alsbald Widerspruch gefunden in Artikeln (z.B. Mittelbayerische Zeitung vom 4.1.47. Nr.1 "Die Hineingepreßten"), die auf die Tatsache des starken freiwilligen Andrangs hinweisen und davor warnen, die "Mitläufer" generell nur als Opfer des Faschismus zu bezeichnen. Schließlich wäre die Belohnung der "Standhaften", wenn man sie nicht auf wirkliche Opfer, also auf Menschen beschränkt, die durch die Nazi-Herrschaft Unrecht erlitten haben, zu leicht eine Prämie auf Inkompetenz und ein Motor für Neidgefühle.

Auf solche Weise läßt sich das Problem nicht lösen. Es kann nur gelöst werden, wenn man ganz grundsätzlich Schluß macht mit dem Prinzip, daß die Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen oder die Betätigung in einer bestimmten Stellung sei es im öffentlichen Dienst sei es in der Privatwirtschaft, als solche bereits als strafbar anzusehen ist. Man muß an die Stelle dieses Grundsatzes den anderen setzen, daß eine bloße Mitgliedschaft oder eine bloße Betätigung - gleichgültig in welcher Stellung, ob hoch oder niedrig - als solche straffrei ist, daß es nur darauf ankommt, wie sich der einzelne aufgeführt hat, anständig oder unanständig. Keiner darf als Verbrecher angesehen werden, weil er Mitglied der Partei oder höherer Beamter oder leitender Industrieführer gewesen ist, aber jeder soll zur Rechenschaft gezogen werden, der in dieser Eigenschaft Verbrechen begangen, die Bevölkerung bedrückt, sich ungerechtfertigt bereichert hat. Von diesen Gedanken scheint auch Bürgermeister Petersen in einem Aufsatz in der Hamburger Allgemeinen Zeitung auszugehen (Fränkische Landeszeitung, 4.1.47. "Neue Wege einschlagen"). Nur auf diese Weise

km

~~1113~~

kommt man wieder zu Begriffen der Anständigkeit und der Moral in Deutschland. An dieser Festigung der öffentlichen Moral, die allein die Grundlage für einen Wiederaufbau in Deutschland bilden kann, die allein ein Verhältnis des Vertrauens zwischen den Besatzungsmächten und dem deutschen Volk herstellen kann, ~~haben~~ die allein ein Abgleiten des deutschen Volkes in den Abgrund des Nihilismus verhindern kann, haben die Besatzungsmächte selbst das allergrößte Interesse. Deshalb müßte auch von ihnen die Initiative zu einer Änderung des Denazifizierungsgesetzes ausgehen.

Das ist auch noch aus einem anderen Grunde notwendig. Die gegenwärtigen deutschen Regierungen sind so schwach und stehen unter einem solchen Druck von verschiedenen Seiten, auf der einen Seite dem Druck der Besatzungsmächte - in der amerikanischen Zone ist bisher der Druck stets nach der Richtung einer noch schärferen Durchführung des Gesetzes gegangen - auf der anderen Seite unter dem Druck der großen Zahl der von Angst, Neid und Rache Beherrschten - das ist eben bereits beschrieben worden - wobei die Kommunisten als aktivste Partei einen über ihre zahlenmäßige Größe hinausgehenden Einfluß ausüben, daß sie sich zu einer eigenen Initiative auch bei gutem Willen und bester Einsicht schwer werden entschließen können.

Praktische und durchführbare Vorschläge für ein solches grundsätzlich ~~abgeändertes~~ Verfahren zu machen, ist schwer. Um den Vorschlag eines neuen Gesetzes machen zu können, müßte man alle Einzelheiten des bisherigen Verfahrens kennen, um daraus die rechtlichen Konsequenzen ziehen zu können, und man müßte die gegenwärtige politische Situation genau kennen, um daraus die politischen Konsequenzen ziehen zu können. Rechtlich handelt es sich darum, den vorhin skizzierten Grundgedanken eine einwandfreie Formulierung zu geben. Politisch handelt es sich darum, ob die Besatzungsmächte das bisher mit solchem Eifer betriebene Gesetz fallen lassen können, ohne ihr Gesicht zu verlieren, und ob das augenblickliche Verhältnis zwischen den einzelnen Besatzungsmächten eine solche nach außen weithin erkennbare Kursänderung zuläßt. Nur für den Fall, daß diese Frage nach der politischen Lage vernäht werden muß, seien einige Anregungen gestattet, die es vielleicht gestatten würden,

~~am 1. 6.~~

das Gesetz als solche zunächst noch bestehen zu lassen, seine grundsätzliche Änderung aber durch einige Zusätze zu erreichen. Als einen wichtigen und praktischen Zusatz könnte ich mir die Bestimmung denken, daß ein Verfahren auf Grund des Denazifizierungsgesetzes nur noch auf Antrag eingeleitet werden darf. Der öffentliche Ankläger könnte durch eine Instruktion angewiesen zu werden, einen solchen Antrag nur zu stellen, wenn die vorhin bezeichneten Voraussetzungen eines kriminellen Verhalten vorliegen. Man könnte aber auch Anträge von Privatpersonen zulassen, sollte sie allerdings an zwei Beschränkungen knüpfen. Einmal dürfte der Antragsteller niemals die Stelle dessen erhalten, gegen den er den Antrag gerichtet hat, zweitens müßte er, falls der Betroffene freigesprochen wird, die Kosten des gesamten Verfahren übernehmen. Diese Bestimmungen würden einen Mißbrauch des Antragsrechts verhüten. Wenn man für die Stellung der Anträge eine bestimmte kurz bemessene Ausschlußfrist festsetzt, würde man in wenigen Wochen übersehen können, um wieviel Fälle es sich handelt. Die bisherige Millionenziffer würde gewaltig zusammenschrumpfen, mit den verbleibenden Fällen könnte man in kurzer Zeit fertig werden. Der Grundsatz, daß nur verbrecherisches oder unehrenhaftes Handeln zur Bestrafung führen darf, würde zwar nicht im Gesetz, aber in der Instruktion an die öffentlichen Ankläger enthalten sein und dadurch praktisch zur Verfahrensgrundlage werden. Ein zweiter Zusatz ließe sich in der Richtung denken, daß Verurteilte nach einer bestimmten Zeit, z.B. nach 3 Jahren das Recht haben, ein nochmaliges Verfahren auf Grund ihres Verhaltens in dieser Zeit zu beantragen. Es soll dadurch jedem die Hoffnung eröffnet und die Möglichkeit gegeben werden, daß er durch gutes Verhalten sich die Wiederaufnahme in die bürgerliche Gemeinschaft wiederver-schaffen kann. Man könnte vielleicht noch an einen dritten Zusatz denken, daß Menschen, in allen Fällen entweder freigesprochen oder unter Absehung von Strafen unter eine Bewährungsfrist gestellt werden, wenn sich - z.B. - drei als völlig einwandfrei anzuerkennende Persönlichkeiten für ihre Ehrenhaftigkeit verkürgen. Das hat den großen Vorzug, daß man die Beurteilung aus der Sphäre der Spruchkammern, die nach der Seite der Qualität immer zweifelhaft bleiben werden, in die Sphäre von Männern hebt, die den Betroffenen gut kennen und deren Objektivität unantastbar ist. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß gegen diesen Vorschlag erhebliche Einwände geltend

~~6045~~

gemacht werden können. Es ist selbstverständlich, daß ein Mensch, der eine gehobene soziale Stellung und dadurch einen viel größeren Bekanntenkreis gehabt hat, leichter drei Garanten stellen kann, als ein Mann geringerer Stellung und kleinerem Bekanntenkreis. Auf der anderen Seite wird durch den Vorschlag, Verfahren nur noch auf Antrag zuzulassen, die Zahl der Verfahren gegen kleine Leute so zusammenschmelzen, daß der Einwand vielleicht mehr eine theoretische als praktische Bedeutung hat. Zudem müßte es auch solchen Leuten, wenn sie wirklich einwandfreie Persönlichkeiten sind, möglich sein, solche Garanten zusammenzubringen.

~~00040~~

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Charakteristik des deutschen Beamten.

Nicht nur in Preußen, wo Friedrich Wilhelm I und sein Sohn, Friedrich der Große, das Preußische Beamtentum geschaffen hatten, sondern auch in den kleineren deutschen Ländern hatte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Beamtentum eine Macht, deren Ausdehnung und Stärke man sich gar nicht groß genug vorstellen kann. Es war eine regierende Körperschaft, deren Interessen und Herkommen kein Fürst und Minister ungestraft hätte verletzen können. Es war eine Genossenschaft von Familien, von Schul- und Studiengefährten, Söhne von Beamten und anderer gebildeter Schichten, Söhne auch aus dem aufstrebenden Teil einsichtsvollster und tüchtigster Volkskraft. Das wird am Beispiel Badens klar, das im besonderen Maße ein Beamtenstaat war. Die Vorbildung dieser Beamtenschaft war ausgezeichnet, in Süddeutschland auf den Gebieten der Finanzen und der Landeskultur besonders gut. Die nach den Napoleonischen Kriegen den meisten deutschen Staaten gestellte Aufgabe war die, die verschiedenen Teile, die unter Napoleon zu einem künstlichen Staatsgebilde vereinigt waren und die nach Stamm, Glauben, geschichtlicher Vergangenheit so völlig verschiedenartig waren, auch innerlich zu einem Staat zu formen. Das war die Aufgabe, vor der Preußen stand, vor der in Süddeutschland Bayern und Baden standen. Es ist die Arbeit der Beamten gewesen, die dem neuen Staat geformt und erhalten haben.

Es ist nicht etwa so, daß sich diese Beamtenschaft einseitig aus antidemokratischen Kreisen zusammengesetzt hätte. Wohl waren in Preußen die führenden Posten im wesentlichen mit Beamten besetzt, die dem Adel entstammten, der seine jüngeren Söhne in das Offizierkorps und in den Verwaltungsdienst schickte. Aber auch in Preußen waren schon frühzeitig Vertreter des liberalen Bürgertums in leitenden Stellungen, die später so zunahmen, daß Bismarck sich oft genug über den "Geheimratsliberalismus" der Berliner Bürokratie aufgehalten hat. Als ein Beispiel für die Großzügigkeit, mit der man Anfang des 19. Jahrhunderts diese Frage in Preußen behandelte, sei nur der langjährige und besonders verdienstvolle Oberpräsident von Ostpreußen, von Schoen, genannt,

~~00047~~

der diese in den Napoleonischen Kriegen besonders mitgenommene Provinz wiederaufbaute. Schoen hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er nicht nur liberal, sondern Republikaner war. Liberal waren auch die großen preußischen Finanzminister Motz und Maassen, die das große Werk des deutschen Zollvereins in die Wege leiteten und durchführten. Es ist übrigens einer der Witze der Weltgeschichte, daß, während die Demokraten die Regierungen der deutschen Länder heftigst bekämpften, weil sie weder auf dem Gebiete der Demokratisierung noch der Einigung Deutschlands die demokratischen Forderungen erfüllten, diese angegriffenen Regierungen in aller Stille durch die Schaffung des deutschen Zollvereins den ersten Schritt zur Einigung Deutschlands taten. In Süddeutschland überwog das liberale Element sogar in der Beamtenschaft. Wenn trotzdem bei den Revolutionen unter den reaktionären Böllwerken, deren Beseitigung stürmisch gefordert wurde, immer die Beamtenschaft mit genannt wurde, so lag der Grund hierfür einfach darin, daß die Beamtenschaft mit Recht als die stärkste Stütze der Regierungen angesehen wurde. Dadurch bildete sich schon frühzeitig ein gewisser Gegensatz zwischen der Beamtenschaft, auch soweit sie politisch liberal war, und den eine stärkere Mitwirkung des Volkes verlangenden demokratischen Parteien heraus.

Setzt man diese geschichtliche Entwicklung in Rechnung, dann versteht man, daß sich in Deutschland ein besonderer Korpsgeist des Beamtentums bilden konnte. Er zeigte sich in dem Streben nach unbedingter Sauberkeit in den eigenen Reihen, dem durch eine scharfgefaßte und scharfgehandhabte Disziplinarordnung Nachdruck gegeben wurde, und der das deutsche Beamtentum in seiner guten Zeit zum ehrlichsten und unbestechlichsten der Welt gemacht hat, in dem Wert auf Leistung, der nicht nur in Prüfungsbestimmungen zum Ausdruck kam, sondern in den hohen Anforderungen, die allgemein von oben bis unten an die Arbeit des Beamten gestellt wurde, und in dem Stolz, einer solchen gesellschaftlich ausgezeichneten Schicht anzugehören, einem Stolz, der die stets sehr niedrige ~~z~~ Zahlung ausglich. Das schlechte Gehalt wurde durch die Achtung wettgemacht, die man der Stellung des Beamten in Deutschland entgegenbrachte. Dieser Stolz konnte sich - und

~~11111~~

hat es leider oft getan - zu einem Dünkel auswachsen, der gerade in demokratischen Kreisen wiederum zu heftigen Angriffen gegen das Beamtentum insgesamt führt. Dieser Korpsgeist schweißte das Beamtentum zu einem einheitlichen Körper zusammen, ohne Rücksicht auf die verschiedenartigen politischen Strömungen, die sich in der Beamtenschaft vereinigten, und ließ es sich als das eigentliche Rückgrat des Staates ja, als den eigentlichen Träger der Staatsgewalt empfinden. Insofern war das Beamtentum unpolitisch, als bei ihm dieser Korpsgeist die politische Anschauung des einzelnen Beamten überwog. So ist es auch zu erklären, daß sich ein großer Teil der Beamten grundsätzlich keiner Partei anschloß. Sie fühlten sich eben als Diener des Staates und wollten diesen Begriff nicht durch die Zugehörigkeit zu einer Partei abschwächen. Solange Deutschland eine Monarchie war, hat sich diese Auffassung des Beamtentums als einer der unentbehrlichsten Faktoren des staatlichen Systems in Deutschland erwiesen. Die Beamtenschaft war wirklich eine Säule des Staates.

Als 1918 Die Republik in Deutschland ans Ruder kam, konnten die an die Macht kommenden Parteien der Beamtenschaft nicht entraten. Sie wurde ihrer Kenntnisse und ihrer Erfahrungen wegen weiter gebraucht. Bei der Schwäche und dem häufigen Wechsel der Regierungen konnte es nicht ausbleiben, daß der Korpsgeist der Beamtenschaft eher noch eine Stärkung erfuhr. Es entstand der Eindruck: Regierungen kommen, Regierungen gehen, die Hauptsache ist, daß der Staat bestehen bleibt und daß in diesem Staat die Verwaltung funktioniert. Diese Aufgabe aber ist der Beamtenschaft gestellt und wird von ihr erfüllt. Es gab Ministerien, bei denen die Beamten je nachdem ob ein sozialdemokratischer, ein liberaler, ein deutschnationaler, ein Zentrumsmember an die Spitze des Ministeriums trat alsbald ein paar Gesetze "for window-dressing" aus der Schublade zogen, die der politischen Anschauung des Ministers Genüge taten, während im Übrigen die eigentliche sachliche Arbeit ungestört und unverändert weiterlief. Die Einstellung, daß ein Beamter am besten keiner Partei anzugehören hatte, wurde eher noch vertieft.

Die Beamtenschaft ist zunächst dem nationalsozialisti-

66449

sehen Regime nicht anders entgegengetreten als den wechselnden Regierungen der Weimarer Republik mit dem Gefühl, daß auch dieses Regime nur vorübergehend sein werde, daß auch unter dieser Regierung die Beamtenschaft die Pflicht habe, für das Funktionieren der Staatsmaschine zu sorgen. Als nach der Selbstauflösung der politischen Parteien die nationalsozialistische Partei als einzige Partei übrig blieb und zur Grundlage des Staates erklärt wurde, sahen es die meisten Beamten als ihre Pflicht an, im Staatsdienst zu bleiben und, wenn sie im Staatsdienst blieben, dann auch der Partei beizutreten, ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Programm der Partei beipflichteten oder nicht. Dabei hat natürlich eine Rolle gespielt, daß viele Ziele des Nationalsozialismus vor allem die Beseitigung der verschiedenen Gegensätze unter den Deutschen, gerade von dem Beamten begrüßt wurden, der immer das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt hatte. Daß sich der Beamte im übrigen, ohne sich etwa das ganze Programm des Nat. Soz. zu eignen zu machen, der Partei anschloß, war nicht Charakterlosigkeit sondern die für selbstverständlich gehaltene Konsequenz, die die Beamten aus ihrer Stellung im Staate und zum Staate zogen. Die Beamten, auch soweit sie der Partei beigetreten waren, haben es als besonders schmerzlich empfunden, daß kein System der Beamtenschaft so wenig Bedeutung beigemessen und so wenig Dank gewußt hat, wie das nationalsozialistische. Man nahm die Dienste des Beamten entgegen, die man nicht entbehren konnte, aber man erkannte sie in der Öffentlichkeit nicht an. Die oft an Hitler gerichteten Bitten, bei einer seiner Reden, in denen er die Leistungen der verschiedenen Stände pries, auch der Beamten zu gedenken, blieben unerfüllt. Immer zahlreicher wurden die Bestrebungen, Parteistellen mit der Durchführung staatlicher Aufgaben zu beauftragen. Das führte dann dazu, daß gleichzeitig von welcher Stelle eine Leistung durchgeführt war, für einen Erfolg immer die Partei belobt, ein Versagen der Beamtenschaft zur Last gelegt wurde. So wurde, nach außen nicht erkennbar, im Innern allen Eingeweihten ständig fühlbar, der Gegensatz zwischen Partei und Beamtenschaft immer stärker.

Hält man sich die historische Entwicklung des Beamtentums vor Augen, die Gründe, die nach 1933 für viele zum Anschluß

an die Partei führten, und den inneren Kampf, den die Beamtenschaft in ihrem alten Bestreben, den Staat in Funktion zu erhalten und eine saubere Verwaltung aufrechtzuerhalten, mit den Dienststellen der Partei zu führen hatte, dann wird man die Gefühle der von dem allgemeinen Vorgehen gegen den Nazismus betroffenen Beamten verstehen. Sie können sich nur denken, daß dieses unterschiedslose Vorgehen auf eine vollständige Unkenntnis der Entwicklung, des Geistes und der Lage der deutschen Beamtenschaft zurückzuführen ist.

~~00051~~

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Die Tragödie der Demokratie in Deutschland.

Das 18. Jahrhundert war auch in Deutschland das Jahrhundert der Aufklärung. Wenn auch politisch der Absolutismus auf dem Höhepunkt seiner Macht stand, zum Teil als "aufgeklärter Absolutismus" wie in Preußen unter Friedrich dem Großen, so führte doch im geistigen Leben der Nation die Aufklärung zu einer Befreiung der Geister von Ketten der Vergangenheit. Männer wie Leibniz und Lessing vertraten die Gedanken der Toleranz und der Menschenwürde. Durch die Aufklärung wurde der Aberglaube überwunden, der im 17. Jahrhundert in den Hexenprozessen seine schrecklichsten Triumphe gefeiert hatten. Die deutsche Philosophie wurde von England stark beeinflusst. Noch stärker verbreiteten sich von Frankreich her Rousseau's Gedanken über ganz Deutschland. Eine immer stärker werdende Hinneigung zu den Idealen der Demokratie, zu Menschlichkeit und Freiheit und Gerechtigkeit, ergriff das ganze Volk und wartete nur auf den Augenblick, in dem sie auch auf politischem Gebiet zur Wirkung kommen könnte.

Es liegt im Wesen jeder geistigen Bewegung, daß sie in den ihr entgegengesetzten Geistesrichtungen Gegenkräfte und neues Leben hervorruft, durch deren verjüngte Kraft sie überwunden werden kann, und daß sie mit stärkerer Ausdehnung und im weiteren zeitlichen Ablauf ihrer Entwicklung immer in die Gefahr gerät zu verflachen oder durch Übertreibung zu radikalisieren. Die religiöse Reformation rief die geistige Bewegung der Gegenreformation hervor und verflachte zu einem großen Teile in dogmatische Spitzfindigkeiten einer erstarrten Rechtgläubigkeit. So rief auch die Aufklärung durch die Überbetonung des Intellekts Gegenkräfte im Christentum in der Erweckungsbewegung hervor und führte die Gegenbewegung der Romantik herbei, die Gefühl und Geschichte wieder mehr in den Vordergrund stellte. In Frankreich fand die Aufklärung ihren Höhepunkt in den zündenden Parolen der Revolution 1789: Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit! und fand zugleich ihr Ende in dem Terror, zu dem sich die Revolution auswuchs und der von den begeisternden Idealen ihrer Entstehung nur noch die Gleichheit anerkannte. Es war die Gleichheit des Todes.

Die Ideen der französischen Revolution hatten auch in Deutschland gezündet. Ihr Abgleiten in Fanatismus und Terror gab den Gegenkräften Nahrung, die den Kampf gegen die Aufklärung aufgenommen hatten. Das Christentum begann wieder eine Rolle zu spielen, religiöse Probleme gewannen für die deutsche Innengeschichte die gleiche Bedeutung wie im 16. und 17. Jahrhundert für die äußere Machtstellung. Die Romantik erhob sich gegen die Anmaßung des "selbstklugen" 18. Jahrhunderts, das sich auf seine klare Verständigkeit so viel einbildete, gegen die dunkelhafte Selbstgenügsamkeit und das Ablehnen alles dessen, was sich nicht sogleich erreichen oder überschauen ließ; das Individuum besann sich wieder auf sich selbst und seine tiefsten Kräfte, der ganze Mensch erhob sich in seiner Selbstbestimmung und verlangte nach Natur und Leben als dem Reich seiner Herrschaft und der Quelle seiner Erkenntnis. Dieser Gegensatz zur Aufklärung findet seinen tiefsten und schönsten Ausdruck im "Faust", dem Lebenswerk Goethe's der, selbst aus der Aufklärung stammend, in Shakespeare den bewußten Gegensatz zur Kultur des bloßen Verstandes, die Verachtung der Schablone, den tiefsten Ausdruck des Gefühls, das Kraftgenie, gefunden hatte und nun auch selber über die Aufklärung hinausgewachsen war.

Die deutsche Jugend, die durch das Erlebnis der Napoleon'sischen Kriege hindurchgegangen war, vertrat drei Ideale. Sie war einmal freiheitlich und demokratisch eingestellt. Das war das Erbe der Aufklärung. Diese Jugend glaubte, daß das Volk, das mit stürmischer Begeisterung und äußerster Opferbereitschaft in die Freiheitskriege gezogen war, nun auch das Recht erworben habe, an der Bestimmung seines Schicksals mitzuwirken. Sie forderte daher eine Verfassung, die Ersetzung des Absolutismus durch eine Demokratie, die dem Volk das geben sollte, dessen das Volk sich würdig gezeigt hatte. Diese Jugend war zweitens begeistert national, sie kämpfte für Schwarzrotgold, für ein einiges Deutschland, für das Bekenntnis: wir sind Deutsche, nicht Preußen, nicht Westfalen, nicht Rheinländer. Diese Jugend war endlich fromm; das erneuerte Christentum war in ihr lebendig und wirksam geworden. Es war die beste Jugend, die Deutschland je gehabt hat.

~~00000~~

Es ist eine der tragischsten Epochen der deutschen Geschichte, daß die Regierungen nach 1815 diese Bewegung nicht ergriffen, sondern mit allen Mitteln der Verfolgung niederzuwerfen suchten. Besonders in Preußen wurde die Verfolgung der Demagogen kleinlich und rücksichtslos durchgeführt. Es wurde nicht auf die Persönlichkeit des Einzelnen, auf seine Tat das Augenmerk gerichtet, sondern es genügte, daß jemand Mitglied einer der verfolgten Organisationen war, um ihn für Jahre in Haft zu nehmen. Nur weil er Mitglied der Burschenschaft gewesen war, mußte der Dichter Fritz Reuter Jahre seines Lebens auf der Festung zubringen. Der Leiter der Demagogenverfolgung in Preußen, ein hoher Beamter, Schmalz, ist nur hierdurch zu geschichtlicher Berühmtheit gelangt; vor allem durch das bittere Witzwort, das im Hinblick auf die vielen Adler, die sich als Anerkennung seiner Tätigkeit als Ordenssegen von allen deutschen Staaten auf seiner Brust sammelten, der große Theologe Schleiermacher auf ihn prägte: "Wo ein Aas ist, da sammeln sich die Adler". Wohl gelang es dieser Verfolgung, die Entwicklung des demokratischen Gedankens viele Jahre lang aufzuhalten, was aber das Schlimmste war, sie gab der demokratischen Bewegung in Deutschland ein Doppelgesicht, einer freiheitlich-nationalen und einer umstürzlerisch-antichristlichen Bewegung. Die nächste Generation, "das junge Deutschland", war weltanschaulich ganz radikal und rief durch seine Maßlosigkeiten nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den gemäßigten Liberalen Kreisen und im christlichen Lager Reaktion hervor. Seit dieser Zeit und infolge der schematischen Verfolgung hatte die Demokratie in Deutschland stets nach zwei Seiten zu kämpfen, gegen die Reaktion auf der einen, gegen fanatischen Radikalismus auf der anderen Seite. Sie stand immer in der Gefahr, zwischen diesen beiden Mühlsteinen zerrieben zu werden. Das Anwachsen und die Ausschreitungen des Radikalismus gaben den Regierungen zu erneuten Verfolgungen des demokratischen Gedankens Veranlassung, solche Verfolgungen gaben wiederum dem Radikalismus neue Nahrung. Ein verhängnisvoller Kreislauf war in Bewegung gesetzt.

Die Geschichte des liberalen Gedankens in Deutschland nach 1815 zeigt, wie Gewalt und Unrecht der herrschenden Ge-

~~00054~~

walt das gleiche bei der Opposition hervorrufen, wie überhaupt dieser Kampf immer größere Ähnlichkeit bei den streitenden Parteien hervorrief, nur in entgegengesetzter Richtung. Die europäischen Regierungen hatten nach der ~~Uates~~ Vertreibung Napoleon's eine Gemeinschaft ihrer Dynastischen Interessen verkündet. In demselben Maße verbinden nun auch die liberalen Anschauungen und Forderungen die Unzufriedenen Europas zu einer großen Familie. Wie den deutschen Regierungen russische, österreichische usw. Reaktion als Stärkung des eigenen Bestandes willkommen war, so war im deutschen Volk der Pole, der Italiener, der mißvergnügte Franzose ein werter Bundesgenosse. Wie die Staatspolizei Gewalt übte und auch gesetzlichen Widerstand als persönliche Beleidigung gegen die Regierenden betrachtete, ebenso galt jede Polizeimaßregel und jeder politische Richterspruch im Volke für eine ungesetzliche Tyrannei und jeder Verfolgte für ein schuldloses Opfer der Gewalt. Wie den Regierungen der verächtlichste Mensch, wenn er sich als gesinnungstreues und gefügiges Werkzeug brauchen ließ, willkommen war, gerade so ertrug die Opposition Selbstsucht, Eitelkeit, Gewalttätigkeit und unehrliche Mittel ihrer Mitglieder. Die Spuren dieses Kampfes sind in der Seele des deutschen Volkes nicht vernarbt. Sie erklären die Gehässigkeit, mit der seitdem die politischen Kämpfe in Deutschland ausgefochten werden, und sie erklären ferner die merkwürdige Erscheinung, daß der Deutsche im Staat nicht die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte erblickt, zu der er selbst gehört und an der er teilnimmt, sondern einen ihm fern und feindlich gegenüberstehenden Koloß, daß er daher auch im Staatsdiener eher einen Feind, als einen Helfer und Freund zu sehen geneigt ist. Es ist durchaus bezeichnend, daß die demokratischen Parteien, als sie 1918, und ebenso die Nationalsozialisten, als sie 1933 an die Macht kamen, sich von dieser Einstellung gegen den von ihnen beherrschten Staat und von dem Mißtrauen gegen die in ihren Dienst arbeitenden Staatsdiener nie ganz zu befreien vermochten.

Die Deutschen hatten in der Zeit nach 1815 noch ein besonderes politisches Leiden. Alle leidenschaftlichen Anstrengungen und feierlichen Versprechungen bei Vertreibung der Fremdherrschaft, die nicht nur die Demokratisierung, sondern auch die Einheit Deutschlands zum Gegenstand hatten, waren umsonst gewesen.

Das Ergebnis war für die meisten eine öde Kleinstaaterei. So war es natürlich, daß dem liberalen Patrioten der eigene Kleinstaat damals nur wie eine dürftige Interimwohnung erschien. Seine besten Wünsche und Pflichten gehörten einem Ideal, das keinen stärkeren Feind hatte als die bestehenden Staatsgewalten.

Mit der französischen Revolution von 1830 setzte eine neue Epoche ein. Ein großer Teil der reaktionären Regierungen wurde gestürzt. Der Liberalismus nahm überall durch ganz Deutschland einen eroberungslustigen Aufschwung. In Süddeutschland hielten die Liberalen Feste für ein gutes Mittel, die Regierungen zu schrecken und das Volk zu gewinnen. Das bekannteste dieser Feste ist die große Volksversammlung 1832 in Hambach zusammen mit dem Wartburgfest der Studenten, die erste große Festdemonstration der Deutschen. Bis in die heutige Zeit gerieten die Menge und ihre Führer in Begeisterung, so oft sie den Zauber geselliger Aufregung empfanden, um gleich darauf als Einzelwesen in Ermüdung und Kleinmut widerstandslos der bestehenden Macht zuzufallen, soweit diese sich nicht selbst dieses Mittels bediente. Die gesellige Berausung der Deutschen für politische Ideen wurde, wie die asketische Verzückung im Mittelalter, zu einer besonderen Erscheinung im deutschen Volksleben. Immerhin haben die Träume der Volksführer von 1832 als Sauerteig gewirkt, ihre Ideen, bekämpft und abgeändert, haben zum großen Teil gesetzliches Leben gewonnen. Unter den Liberalen treten schon damals zwei grundverschiedene Auffassungen der Politik hervor. Die einen stehen in Abhängigkeit von der französischen Bildung, verkünden Gemeinsamkeit der liberalen Interessen in Europa und sind nicht frei von kommunistischen Ideen. Die anderen stehen fest auf dem deutschen Volkstum, betrachten die demokratische Bewegung Frankreichs mit Mißtrauen und sind dem Treiben der Sozialisten abhold.

Der liberale Aufschwung währte nur kurze Zeit. Die Anfangs 1832 abgeschaffte Zensur wurde wieder hergestellt. Die heftigsten Anklagen aus damaliger Zeit geben nur unvollständig die Verstimmung und Verbitterung wieder, welche durch sie in die Seele des Volkes kamen. Sie machte den Schriftsteller zum Rebellen und

~~00055~~

den Leser mißtrauisch und hämisch. Der Schriftsteller empfand bei Streichen, die er der zensierenden Staatsgewalt spielte, dieselbe boshafte Schadenfreude wie der Schüler gegenüber einem beschränkten, feindseligen Schulmeister. Er war in einem Zustand beständiger Gereiztheit, stets in der Versuchung, ironisch mit versteckten Stechern wehe zu tun, schlau zu verhüllen und doch boshaft anzudeuten. Der Leser war gewöhnt, zwischen den Zeilen zu erraten und gehässig auszumalen. Die erbitterte Stimmung des Volkes bis 1848 war ein Leiden des Zensurstaaes. Die Zensur verdarb ebenso den Stil wie den Charakter. Denn weil man der Sache nicht auf den Grund gehen konnte, half man sich mit allgemeinen heftigen Redensarten.

Nur in einem Lande hielt sich der liberale Aufschwung und fand in einem lebhaften parlamentarischen Leben seinen Ausdruck, das war Baden. War die politische Turnanstalt, um den Bürger für die Idee des Staates zu erziehen, in Preußen die allgemeine Dienstpflicht und die Landwehr, so war es in Baden die Rednertribüne des Landtages. Beide Einrichtungen stellten die beiden Gegenpole deutschen Lebens dar, Zucht und Freiheit. Vieles Gewaltige, was Preußen 1866 vollbrachte, war Ausführung der großen Forderungen, welche der Südwesten durch lange Arbeit seiner Volksvertreter formuliert hatte. Aber der Aufschwung des Verfassungslebens brachte Baden in Konflikt mit den Gewaltigen des deutschen Bundes. Die Zentralbundeskommission drang in Baden unablässig darauf, durch Polizeidruck und Verfolgung die gefährlichen Ausschreitungen des Liberalismus zu bändigen. Schließlich wurde auch hier der Aufschwung gebrochen; das Ministerium hielt sich mühsam zwischen dem Unwillen der Liberalen und dem Mißtrauen der Großmächte. Wiederum war der Begeisterung tiefe Mutlosigkeit gefolgt.

Noch einmal ging von Frankreich die Beletung des demokratischen Gedanken in Deutschland aus. Ende der 40 Jahre kamen sozialistische Lehren von Frankreich über die Grenze, eine revolutionäre Literatur gewann Verbreitung. 1848 wirkte die französische Revolution in Süddeutschland wie ein zerstörender Orkan. Im März brach an verschiedenen Stellen der Aufruhr aus: weg mit

~~0045~~

den Fürsten, dem Adel, den Beamten, den Steuern! Zürnend erhoben sich verantwortungsbewußte liberale Männer gegen das wüste Gebaren knabenhafter Demagogen. Auch in Österreich und Preußen herrschte Verwirrung. Alles blickte nach Frankfurt. Dort trat die Nationalversammlung zusammen, für die Wahlen auszuschreiben, die Regierungen sich hatten fügen müssen. Während eines Jahres beherrscht, unabhängig von den Regierungen, Geist und Größe der Versammlung die Seelen der Deutschen in allen Landesteilen soweit, daß eine Auflehnung gegen ihre Ziele und Beschlüsse weder von den Regierungen noch von unzufriedenen Fraktionen gewagt wird. Die Frage, ob die provisorische Zentralgewalt in Deutschland von 3 Direktoren oder einem republikanischen Präsidenten oder einem fürstlichen Reichsvorweser ausgeübt werden sollte, wurde durch Gagern, den Präsidenten der Versammlung, durch den "kühnen Griff" nach dem Reichsvorweser, dem Erzherzog Johann von Österreich entschieden. Eine Reichsregierung wurde gebildet, in die sowohl Österreich, wie Preußen und die süddeutschen Staaten Vertreter entsandten. Aber dann begann eine Niederlage nach der anderen. Die Regierungen begannen sich nicht mehr um die Nationalversammlung zu kümmern. Die Radikalen witterten Morgenluft; ein Aufstand brach in Frankfurt aus. Feindselige Kundgebungen Österreichs kamen in rascher Folge. Der Vertreter Österreichs, Graf Deym, sprach offen in der Versammlung aus, daß für die angestrebte Stellung Preußens nur das Schwert entscheiden könne. Selbst die süddeutsche Liberale Matthys gab der Überzeugung Ausdruck, daß dieser Zweispalt nur auf dem Schlachtfeld ausgetragen werden könne. Im März 1849 ging es zu Ende. Zwar nahmen 28 deutsche Staaten die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung an, aber der zum Kaiser gewählte König von Preußen lehnte mit den Worten ab, wenn sie ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können, der wäre ihr Mann gewesen, er selbst sei kein großer Regent.

Nun setzte erneut allenthalben die Reaktion ein. Überall in Deutschland fehlte der frohe Mut. Die Männer, die mit ganzer Seele für die eine Verfassung und den neuen Staat geschrieben und gesprochen hatten, galten für verbraucht, vom Volk mit

~~00056~~

Achsehzucken, von den Regierungen mit Abneigung betrachtet. Die Reaktion rief den Radikalismus hervor; der demokratische Gedanke hatte einen unheilbaren Schaden erfahren. Erst 1860 kamen die politischen Angelegenheiten Deutschlands in neuen Fluß. In Preußen wird - zum ersten und letzten Mal - eine demokratische Mehrheit in das Abgeordnetenhaus gewählt. Aber hier hat der neue König Bismarck zum Ministerpräsidenten gemacht. Es ist nun für drei Jahrzehnte seine gewaltige Gestalt, die die Bühne des politischen Geschehens in Deutschland füllt. Er überwindet die demokratische Opposition durch seine außenpolitischen Erfolge, durch die Lösung der deutschen Frage 1866 und die Einigung Deutschlands 1871 entsprechend den Gedanken der Frankfurter Nationalversammlung, durch seine kluge Mäßigung, mit der er auf der Höhe seiner Erfolge das Parlament für die ohne ihre Genehmigung geleisteten Hoeresausgaben nachträglich Indemnität bittet, und durch den kühnen Wurf, mit dem er dem neuen deutschen Reichstag das demokratischste Wahlrecht gab, das es damals auf Erden gab.

Für die Entwicklung des demokratischen Gedankens in Deutschland wurden aber zwei aus der geschilderten geschichtlichen Entwicklung erklärliche Momente verhängnisvoll. Das eine war, daß die beiden ausgesprochen demokratischen Parteien, der Freisinn und die Sozialdemokraten, die eine de facto, die andere betont und ausdrücklich sich gegen die christliche Kirche wandten. Sie sprachen damit die Entchristlichung offen aus, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes durch die Industrialisierung eingetreten war. Sie brachten dadurch die Kirche, besonders die evangelische Kirche, in die von den meisten Anhängern der Kirche gar nicht als gefährlich empfundene, in Wirklichkeit aber für den christlichen Gedanken ungeheuer schädliche Zwangslage, sich an die Seite einer vom Marx Sozialismus bedrohten Gesellschaftsordnung und an die Seite einer von Republikanern bedrohten Staatsform zu stellen. Die bekannte Formel der Einheit von "Thron und Altar" bringt dieses im Grundsatz falsche Verhältnis zum Ausdruck und hat wiederum zur antichristlichen Einstellung weiter Volkskreise entscheidend beigetragen. Zu beachten bleibt aber, daß die

~~33050~~

religiös gebliebene Mehrheit des deutschen Volkes in diesen beiden demokratischen Parteien des Antichristentum bekämpfte, also - auf die einfache Formel gebracht, wie es der Mann auf der Straße sah - in der Demokratie den Atheismus bekämpfte. Das zweite Moment war, daß die Sozialdemokratische Partei mit der den Deutschen eigentümlichen Grundsätzlichkeit auch das Prinzip der Internationalität in den Vordergrund stellte und nach dem Motto des Kommunistischen Manifests: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! sich den Klassengenossen anderer Länder näher und enger verbunden fühlte, als den eigenen Volksgenossen. So blieb auch hier der Eindruck weitester Volkskreise, daß man in den Sozialdemokraten nicht nur Anhänger einer bestimmten Wirtschaftsordnung und einer bestimmten Staatsordnung zu erblicken, sondern "vaterlandslose Gesellen", wie sie der Kaiser Wilhelm II. einmal genannt hat, zu bekämpfen habe. Wenn auch einzelnen Sozialdemokraten diese Gefahr frühzeitig erkannten und auf eine Änderung dieses Grundsatzes drängen, und wenn auch an der vaterländischen Gesinnung der meisten Sozialdemokraten gar nicht zu zweifeln war, so blieb doch durch diesen offiziell beibehaltenen Programmpunkt der Gegensatz zwischen den bürgerlichen und der sozialistischen Partei aus diesem Grunde ein vergifteter.

Der Weltkrieg brachte eine weitere Verstärkung der radikalen Stömungen. Sie kam in den Sparsekuskämpfen in Deutschland zum Ausdruck und in dem erbitterten Gegensatz, in den nun der gemäßigte Teil der Sozialdemokraten zu den Unabhängigen und zu den Kommunisten trat und der wiederholt in bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen ausgefochten wurde. Für die Sozialdemokraten und die meist mit ihnen in Koalitionsregierungen verbündeten Parteien, die demokratische Partei und das Zentrum, trat nun eine verhängnisvolle Entwicklung nach doppelter Richtung ein. Einmal hatten diese Parteien die ganze Last der Wirtschaftsnöte zu tragen, mit denen das deutsche Volk nach 1918 zu kämpfen hatte. Sicherlich haben sie auch Fehler gemacht, haben vor allem im Anfang einem üblen Schiebertum und der Korruption Raum gegeben, insgesamt gesehen standen sie aber vor einer Lage, die sie nicht meistern konnten, sondern die durch den Friedensvertrag und vor

~~66859~~

allem die Reparationsforderungen, bedingt war. Aber die nicht von den demokratischen Parteien verschuldeten Nöte der Inflation, die den bisher das Rückgrat der Ordnung in Deutschland bildenden Mittelstand in das Proletariat warf, und der Arbeitslosigkeit, die Millionen von Menschen der Qual unverschuldeten Müßiggangs und hoffnungslosen Daseins aussetzte, wurden von den Deutschen der Demokratie in Rechnung gestellt, obwohl die Siegermächte die Verantwortung dafür trugen. Sie sind es, die der Demokratie in Deutschland das Grab gegraben haben, dadurch daß sie ihr weder einen außenpolitischen Erfolg noch eine wirtschaftliche Besserung zu teil werden ließen. Zweitens funktionierte dadurch, daß sich links von den demokratischen Parteien eine starke Gruppe, die Kommunisten, gebildet hatte, der im demokratischen System notwendige Rhythmus der Ablösung nicht. Die Flügel - Kommunisten und Nationalsozialisten - wurden, da sie nicht rechtzeitig in die Verantwortung gebracht wurden, naturgemäß immer stärker und immer radikaler. Und die in der Macht befindlichen demokratischen Parteien bröckelten immer mehr ab, zerrieben zwischen den beiden Mühlsteinen und mit ihrem Einfluß schwand auch die Anziehungskraft des demokratischen Gedankens dahin.

Die Tragödie der Demokratie in Deutschland mußte etwas ausführlich dargestellt werden, um zu zeigen, wie die Ungunst der geschichtlichen Lage die Demokratie zu keiner Zeit ihr wahres Wesen und die Wirkungen, die von ihr ausgehen, hat erweisen lassen. Sie hat darunter gelitten, daß auf Grund der besonderen deutschen Konstellation Ideen mit ihr identifiziert wurden, die nicht notwendig mit ihr zusammenhängen: Radikalismus, Christentumsfeindschaft, Vaterlandslosigkeit. Sie hat noch mehr unter dem Zwang gelitten, stets nach zwei Seiten kämpfen zu müssen, gegen die Reaktion und gegen Radikalismus. Sie hat am stärksten darunter gelitten, daß ihre Tätigkeit immer als ein Versagen erschienen ist. Die Demokratie konnte die deutsche Frage durch Parlamentsbeschlüsse in Frankfurt nicht lösen, Bismarck löste sie durch "Blut und Eisen". Die Demokratie konnte die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Weltkrieg I nicht meistern, Hitler beseitigte die Arbeitslosigkeit binnen Jahresfrist. Es ist die Tragik der Demo-

kratie, daß sie in Deutschland die Staatsform der Niederlage ist. So steht die Demokratie jetzt in Deutschland vor der doppelt schweren Aufgabe, der Überwindung der Last der Vergangenheit und der furchtbaren Schwierigkeit der Gegenwart.

Ein objektiver und unvoreingenommener Beobachter erkennt ohne weiteres die Schwierigkeiten an, vor denen sich die Besatzungsmächte Deutschland gegenüber befinden. Er weiß, daß Hunger, Frieren und wirtschaftliche Unordnung, schlimme Feinde demokratischer Grundsätze, nicht auf einmal beseitigt werden können. Er ist sich der politischen Lage bewußt, die den von den Westmächten erstrebten Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands entgegen steht. Er verschließt sich nicht vor der Tatsache, daß die Tatsache der Besetzung als solche im Grundsatz mit Demokratie nicht vereinbar ist und die beste Demokratie daher als Besatzungsmacht in einem besiegten Lande nicht demokratisch sein kann. Aber wenn er und weil er die Zukunft Deutschlands nur an der Seite der demokratischen Mächte und auf der Grundlage echter Demokratie als möglich und hoffnungsvoll ansehen kann, ist er verpflichtet um so leidenschaftlicher und offener auf Vorgänge und Fehler hinzuweisen, die nicht notwendig zur Besatzungspolitik gehören und die der Durchsetzung des demokratischen Gedankens in Deutschland als schwerste Gefahren im Wege stehen.

Der Vorwurf für das furchtbare Geschehen in der russischen Zone, das binnen Jahresfrist reiche und blühende Gegenden in ausgeplünderte und weithin untebaute Wüsten verwandelt hat, in denen Terror und Willkür regieren und das Verschwinden von Menschen an der Tagesordnung ist, trifft nicht bloß den Bolschewismus es trifft auch die Westmächte, die diese Zustände zulassen. Der Vorwurf, der gegen das Deutsche Volk erhoben wird, daß es die Verbrechen der Nazi-Herrschaft habe widerstandslos geschehen lassen, kann und muß mit um so größeren Recht gegen die Westmächte erhoben werden, als die damaligen Verbrechen nur wenigen Menschen bekannt waren, das Geschehen in der russischen Zone sich aber trotz des eisernen Vorhangs vor der Weltöffentlichkeit abspielt. Aber

20.4.41

auch in den Zonen der Westmächte spielen sich in der Behandlung der Internierten- und Denazifizierungsprobleme Vorgänge ab, die dem Gebot der Gerechtigkeit widersprechen und daher mit Demokratie nicht vereinbar sind. Die Verbreitung einer mehr oder weniger zensierten und diktatorischen Presse und Literatur ist zur Herstellung von Demokratie auch dann nicht geeignet, wenn sie dauernd zur Demokratie aufruft. Am größten ist die Gefahr der moralischen Korruption des deutschen Volkes. Ein solches Volk wird vielleicht demokratische Institutionen annehmen und trotzdem die höchsten Werte menschlichen Zusammenlebens, die den Grundgehalt echter Demokratie ausmachen, einbüßen. Es kommt aber mehr auf diese Werte, auf den Geist, an als auf die Institutionen. Deshalb ist es von solcher entscheidenden Wichtigkeit, daß die Besatzungsmächte sich an der Bekämpfung des Nazitums nicht den Kampf gegen äußere Erscheinungsformen, wie z.B. die bloße Mitgliedschaft richten, sondern gegen den Geist der Gewalt und Willkür und der Ungerechtigkeit und des Hasses, diesem Geist aber vor allem nicht Raum in ihren eigenen Maßnahmen geben. Sonst kann es nicht ausbleiben, daß immer weitere Kreise des deutschen Volkes die demokratischen Grundsätze der Menschlichkeit, der Freiheit, der Gerechtigkeit als pure Heuchelei ansehen. Man kann in einem Lande erst von Demokratie sprechen, wenn man die primitivste Voraussetzung dafür geschaffen hat, nämlich die Überzeugung, daß sich die demokratischen Mächte selbst von den von ihnen verkündeten Ideen lenken lassen. Werden diese, mit der Besetzung nicht notwendig verbundenen Gefahren nicht beseitigt, dann würde die Geschichte der Tragödie der Demokratie in Deutschland um ein neues, sein trübendes Kapitel bereichert werden.

~~00000~~

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Einheitsstaat, Bundesstaat, Staatenbund.

Die Auflösung des Deutschen Reiches im Jahre 1806 war nur der Schlußstein in einer Entwicklung der Zersetzung, die im Mittelalter beginnend das Reich zu dem gemacht hatte, was der Staatsrechtslehrer Pufendorf irregulare adliquid et monstro simile corpus nannte, und die im Frieden von Münster das Auseinanderfallen des Reichs in die von einem nur noch dem Namen nach bestehenden Bande zusammengehaltenen souveränen Einzelstaaten bestätigte. Von 1806 an war Deutschland auch formal nur noch ein, obendrein sehr loser, Staatenbund. Diese Entwicklung machte Deutschland nicht nur politisch zu einem kraftlosen Gebilde, sondern hinderte auch wirtschaftliche Fortschritte, allein schon durch die Zollmauern, die Deutschland in unzählige, getrennte Wirtschaftsgebiete zerriß, sie hat aber vor allem auch auf den deutschen Volkscharakter eine unheilvolle Wirkung gehabt. Aus dieser Kleinstaaterei stammt die engherzige Intoleranz und Rechthaberei, das Fehlen jeder Großzügigkeit, das Unvermögen, sich in das Denken und Fühlen anderer Menschen hineinzuversetzen, das Aufgehen in querelles allemandes, der übersteigerte Lokalpatriotismus, die im Dienst unter kleineren und größeren Potentaten zum Kadavergehorsam entartete Disziplin. Es war daher nur selbstverständlich und darf bei der Beurteilung deutscher Verhältnisse nie vergessen werden, daß in Deutschland die Gedanken der Einheit und der Demokratisierung Deutschlands zusammenfielen. Es waren die Demokraten in Deutschland, die die Einheit Deutschlands forderten, einmal weil sich nur in einem einheitlichen Reich die Forderung der Demokratie verwirklichen lasse und zweitens weil das Verlangen nach der Vereinigung der Menschen des gleichen Plutes und der gleichen Sprache in einem freien Reich ein wichtiger Programmpunkt einer echten Demokratie sei. Die nach 1815 in fast allen deutschen Ländern durchgeführte Demagogenverfolgung wurde von reaktionären Regierungen der Einzelstaaten gegen Einheitsbestrebungen und gegen Demokratie vorgenommen. Die Opfer der Verfolgung z.B. die in den Burschenschaften vereinigten Studenten, waren immer Menschen die beide Ideale vertraten. Sie waren nach der Anschauung ihrer Anhänger wie ihrer Gegner unlösbar miteinander verbunden. Diese

~~00000~~

Ideale feierten ihren höchsten Triumph in der Nationalversammlung von Frankfurt 1849, dem einzigen deutschen Parlament, das je die Elite deutschen Geistes versammelt hat. Hier wurden zum Entsetzen der reaktionären Einzelstaaten die Forderung nach einer demokratischen Verfassung Deutschlands und nach verfassungsmäßiger Verankerung demokratischer Grundrechte und Grundsätze, einerseits, der Vereinigung Deutschlands in einem Reich von den besten Geistern Deutschlands erhoben. Hier hat einmal die Demokratie in Deutschland vertreten durch die besten und gebildeten Männer dieses Landes, den großartigen Versuch gemacht, über die Köpfe der kleinen und großen Fürsten und ihrer Regierungen hinweg, Deutschland zugleich zu einem Einheitsstaat und einer Demokratie zu machen. Es ist bekannt, daß der Versuch scheiterte, daß der König von Preußen die ihm von dieser Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone ablehnte, daß die Nationalversammlung auseinandergejagt wurde, daß die Vertreter des demokratischen und des Einheitsgedankens zum Teil außer Landes gingen, zum Teil verbittert und enttäuscht sich von der Politik zurückgezogen. Es ist die Tragik Deutschlands, daß seine Einigung sich nicht auf dem Wege der Demokratie hatte erreichen lassen, sondern durch den preußischen Staatsmann, durch Bismarck, um durch "Blut und Eisen" vollendet werden mußte.

Aber Bismarck hat es verstanden, den demokratischen Gedanken zur Hilfe und Festigung des Einigungswerks gegen die in den Einzelstaaten noch immer starken zentrifugalen und partikularistischen Tendenzen einzusetzen. Deshalb gab er dem Reich in dem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht ein Demokratisches Wahlrecht, als Gegengewicht gegen diese Tendenzen. Dadurch gewann er einen großen Teil der Demokraten für sich, die nun als Nationalliberale sich hinter ihn stellten, weil sie in seinem Werk die Vollendung der Gedanken von Frankfurt erblickten. Im Reichstag war, die eigentliche Stelle, welche die Einheit Deutschlands verkörperte, stärker noch als im Kaiser, bei dem nur der Name romantische Erinnerungen an die Vergangenheit erweckte, der im übrigen aber seine Macht nur von seiner Stellung als König von Preußen her ableitete. Das war auch der Grund gewesen aus dem der König Wilhelm I. Anfangs sich so stark geweigert hatten, den "Charaktermajor" anzunehmen. Die demokratischen Parteien haben Bismarcks Innenpolitik, Sozialpolitik,

~~03.11.19~~

Wirtschaftspolitik, fanatisch bekämpft, das Werk der Einigung Deutschlands haben sie nie bestritten. Im Gegenteil, es waren stets die demokratischen Parteien, die für eine weitere Übertragung von Rechten von den Ländern auf das Reich eintraten.

So war es nur folgerichtig, daß als nach der Revolution von 1918 die demokratischen Parteien zur Herrschaft kamen, sie in der Stärkung des Einheitsgedankens alsbald einige wesentliche Schritte unternahmen. Der wichtigste war die Erzberger'sche Finanzreform. Durch diese wurde an die Stelle der bisherigen von den einzelnen Ländern ausgeübten Steuerverwaltung eine Reichssteuerverwaltung gesetzt; es wurden auch die großen & direkten Steuern, vor allem die Einkommensteuer, die bisher Landessteuern gewesen waren, auf das Reich übertragen. Durch diese grundlegende Änderung wurden die Länder in finanzieller Hinsicht zu Kostgängern des Reichs, von dem sie Anteile an den vom Reich erhobenen Steuern erhielten, während bisher das Reich Kostgänger der Länder gewesen war, von denen es sog. Matrikularbeiträge erhielt. Die ungeheure Bedeutung dieses Schrittes ist, so einleuchtend, daß er nicht näher erläutert zu werden braucht. War 1871 durch Bismarck der Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat vollzogen, so wurde durch Erzberger's Reform der Schritt vom Bundesstaat zum Einheitsstaat getan. Denn mit ihrer finanziellen Selbständigkeit verloren die Länder ihre bisherige Bedeutung und sanken, wenn auch noch nicht formell, so doch de facto zu Verwaltungsgebieten des Reiches herab.

Der formale Schritte wurde von Hitler getan, als er die Länder ihrer Rechte entkleidete und sie zu Verwaltungsgebieten des Reiches machte. Praktisch hat sich allerdings wenig geändert, da die in Aussicht gestellte "Reichsreform", die vor allem die Auflösung Preußens und das Verschwinden kleiner Länder, wie Lippe, Anhalt, Braunschweig, Oldenburg bedeutet hätte und die Bildung einer Reihe von Ländern weithin im Anschluß an bestehende Länder, wie z.B. bei Württemberg, Sachsen, Thüringen, und an preußischen Provinzen, wie Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Hannover, vorsehen mußte, nicht weitergefordert wurde. Die Änderung lag im Grundsätzlichen. Während bisher dem Reich nur die Aufgabengebiete zufielen, die in der Reichsverfassung aufgezählt waren oder dem Reich durch Gesetze

~~204.3~~

zugewiesen wurden, die Länder aber für alle dem Reich nicht ausdrücklich überwiesenen Gebiete zuständig waren, wurde nun dieses Zuständigkeitsverhältnis umgekehrt. Aber wie gesagt, dies hatte nur grundsätzlichen, keine praktische Bedeutung. Es ist viel darüber gesprochen worden, warum Hitler die Reichsreform nicht vorwärts getrieben, ja schließlich sogar alle Vorarbeiten für eine solche Reform verboten hat. Und dabei wäre gerade auf diesem Gebiete eine Änderung dringend notwendig gewesen, wenn man bedenkt, daß in Deutschland die Bezirke der Oberpostdirektion, der Eisenbahndirektion, des Oberfinanzpräsidenten, des Generalkommandos, des Landesamtes, des Landesbauernführers, des Treuhänders für die Arbeit, des Landesversicherungsamtes usw. weder untereinander noch mit den Grenzen der Länder übereinstimmten. Der Provinzialbezirk jedes Ministeriums wich von dem des andern ab, sodaß noch immer ein Bild entstand, das man mit Pafendorf als irreguläre aliquid et monstro simile corpus bezeichnen kann. Die Gründe, die Hitler veranlaßt haben, auf die Durchführung der Reichsreform zu verzichten, waren verschiedener Art. Einmal lagen sie, wie so oft die Entscheidungen bei ihm, als persönlichem Gebiet. Er wollte Göring, der unter seinen zahlreichen Ämtern auch das des preußischen Ministerpräsidenten hatte und auf dieses besonderen Wert legte, durch die Zerschlagung Preußens nicht kränken. Er wollte ungern an das bayrische Problem heran, wo er entweder Bayern in die drei Teile Oberbayern, Franken, Schwaben hätte zerlegen müssen und dann der bisherige Reichsstatthalter von Epp ins Leere gefallen wäre, oder wo, falls er Bayern als Einheit behielt, einige Gauleiter hätten weichen müssen. Er wollte auch den Ministern nicht nahe treten, die in den kleinen Ländern wie Oldenburg und Braunschweig, tätig waren. Er hat ferner einmal, wie mir später berichtet wurde, in einem kleinen Kreise auch als Grund angegeben, daß er eine Reichsreform erst vornehmen könne, wenn er eine genügende Zahl geeigneter Gauleiter habe, um ihnen die neuen Gauen zur Verwaltung anvertrauen zu können, das sei im Augenblick nicht der Fall, da die meisten der jetzigen Gauleiter zwar tüchtige Kämpfer für die Machterringung gewesen seien, aber sich nicht zur verwaltungsmäßigen Arbeit eigneten. Es mag als sachlichen Grund ferner mitgespielt haben, daß Hitler, dem organisatorische Fragen fern lagen, sich nicht entschließen konnte, an die Bearbeitung dieses Problems

~~ccccc~~

heranzugehen, das von ihm die Entscheidung einer Reihe von wichtigen Fragen verlangt hätte, und daß er in einer Zeit, in der so viel auf das deutsche Volk einstürzte, nicht die erregende Frage der Auflösung einer Reihe von Ländern in die Menge werfen wollte.

Wenn letzterer Grund bei seinen Überlegungen eine Rolle gespielt hat, dann hat Hitler das Problem nicht richtig überschaut. Denn kaum etwas Anderes hat ihm in den weitesten Kreisen des Deutschen Volkes so viel Sympathie eingebracht, wie sein Vorgehen auf diesem Gebiet. Gerade in den demokratischen Kreisen, die viel gegen den Nationalsozialismus einzuwenden hatten, wurde der weitere Fortschritt auf dem Wege Deutschland zum Einheitsstaat mit Freude begrüßt. Es sind im wesentlichen drei Dinge gewesen, welche die ungeheure Beliebtheit erklären, der sich Hitler in Deutschland erfreut hat. Das eine war sein erfolgreicher Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die seit Jahren als schwere Last auf dem deutschen Volk lag. Das war zweitens die Beseitigung des Gegensatzes zwischen der nationalen und der sozialistischen Idee, der seit Jahrzehnten das deutsche Volk in zwei sich leidenschaftlich bekämpfende Gruppen getrennt hatte. Das war drittens die Überwindung der Stammesfeindschaften, die weder Bismarck noch dem Erlebnis des ersten Weltkrieges vollständig gelungen war. Nun schien es Hitler zu gelingen, die alten Gegensätze zwischen Bayern und Preußen, zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West verschwinden zu lassen. Das wurde in ganz Deutschland als ein Fortschritt ohnegleichen empfunden. Ich habe gerade aus Kreisen des früheren Zentrums und der Sozialdemokratie damals die Anschauung gehört, um dieser Tat willen müsse man Hitler viel verzeihen. Gerade in diesen Kreisen hoffte man sehr, daß Hitler den letzten Schritt tun und das verwaltungsmäßige Chaos in Deutschland beseitigen und einen für alle Verwaltungszweige, für die militärische Einteilung, für den politischen Verwaltungsbezirk, für Post, Eisenbahn, Finanzen, Versicherung, Wirtschaft, Arbeit gleichen Bezirk schaffen würde. Man war enttäuscht, daß er diesen letzten Schritt nicht tat, daß vielmehr die Gauleiter wieder zu Gaufürsten wurden mit durchaus partikularistischen und zentrifugalen Tendenzen. Um es zugespitzt auszudrücken, in der Frage der Reichseinheit hatte Hitler den Überwiegenden Teil des deutschen Volkes gegen einen großen Teil der Partei-Führerschaft hinter sich.

Diese Einstellung hat nichts mit einem übertriebenen Zentralismus zu tun. Theoretisch war man auch unter der Nazi-Herrschaft von der Zweckmäßigkeit einer gewissen Selbständigkeit der provinziellen Verwaltung und von der Notwendigkeit der Selbstverwaltung der Kommunen überzeugt. Wenn man trotzdem praktisch in einem immer stärkeren Zentralismus hineintrieb, so waren hierfür zwei Gründe maßgebend. Einmal kam in diesem wachsenden Zentralismus der immer stärker werdende Kampf zum Ausdruck, den die Berliner Ministerien gegen die Unbotmäßigkeit der Gaufürsten zu kämpfen hatten. Zweitens führt das Führersystem mit seiner Abstellung auf die Entscheidung eines Einzelnen notwendig dazu, daß Verantwortungslosigkeit und Selbständigkeit in den Lokalinstanzen immer mehr abstarben und die Zentralisierungsinstanz oft wider ihren Willen in den Zwang gebracht wird, Entscheidungen zu fällen, die ebenso gut oder besser von einer untergeordneten Stelle hätten gefällt werden können. Es ist mithin ein Mißverständnis, wenn man annimmt, daß Zentralismus ein autoritäres System hervorruft, oder fördert; es ist umgekehrt, daß autoritäres System fördert oder ruft den Zentralismus hervor.

Wenn man unter diesen historischen und politischen Gesichtspunkten das Problem der staatlichen Organisation Deutschlands betrachtet, so ergibt sich, daß der Gedanke eines losen Staatenbundes abzulehnen ist. Es ist wohl vor allem Frankreich, das diesen zum ständigen Gesichtspunkt am schärfsten vertritt, unter dem Einfluß der dort auch noch heute geltenden Grundsätze der Richelieu'schen Politik, die darauf gerichtet war, Deutschland in mehrere unabhängige Staaten zu zerschlagen. Dieser Politik muß aus zwei Gründen entgegengetreten werden. Einmal würde sich im deutschen Volk der Trieb, sich zu einer Nation zusammenzuschließen, nicht unterdrücken lassen. Da er sich aber, wenn die Besatzungsmächte sich zu einer solchen Teilung entschließen, im Gegensatz zu den Besatzungsmächten befinden würde, besteht die Gefahr, daß dieser natürliche Trieb sich wieder zu einem übersteigerten Nationalismus entwickeln könnte, daß also durch eine solche Regelung nicht, wie von Frankreich gedacht, die Sicherheit garantiert, sondern im Gegenteil gefährdet werden würde. Es lassen sich ferner eine ganze Reihe von Aufgaben nur zentral durch eine größere Einheit regeln. Die Zahl dieser Aufgaben hat sich im Vergleich zur früheren Zeit infolge der wirtschaft-

lichen und sozialen Entwicklung, deren Kennzeichen ein Gesamtphänomen in allen Ländern bilden, wesentlich ~~g~~ erhöht. Es sei nur die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Hungers und die Lösung der finanziellen Probleme, vor allem der Währung, erwähnt. Man kommt daher nicht darum herum, einer zentralen Macht eine bestimmte Reihe von Befugnissen und Aufgaben einzuräumen. Man sollte sich hierbei nicht von der Sorge beeinflussen lassen, daß eine zentrale Gewalt das Wiederaufkommen eines totalitären Systems begünstigen könnte. Das sind Fragen, die nichts miteinander zu tun haben. Zentralismus kann demokratisch sein - in Deutschland hat, wie schon gesagt, die Demokratie immer zum Zentralismus geneigt -, umgekehrt kann ein dezentralisierter Staat totalitär werden. Es ist kennzeichnend für die jetzigen deutschen Wk Verhältnisse, daß die demokratischen Parteien Deutschlands, die liberal-demokratische und die sozialdemokratische am stärksten für den Einheitsstaat eintreten, während die CSU der sich, vor allem in Bayern, eine Reihe von Mitgliedern rechtsgerichteter Parteien angeschlossen haben, mehr für ein föderatives System eintritt. Ich bin für Dezentralisation aus einem rein verfassungsmäßigen Grund. Nach meiner Ansicht sollen zentral nur die Fragen geregelt werden, die nur zentral gelöst werden können. Alles Andere soll örtlich geregelt werden. Es ~~ist~~ wird immer an Ort und Stelle von Menschen, die die Verhältnisse genau kennen, besser entschieden, als aus der Entfernung vom Schreibtisch aus. Man sollte daher zu dem System zurückkehren, daß von der Zentralgewalt nur die Dinge behandelt werden, die ihr durch die Verfassung oder durch ein besonderes Gesetz zugewiesen werden, daß Alles andere in freier Zuständigkeit den Ländern überlassen wird.

Es gibt sonach für Deutschland als einzige Möglichkeit, die des dezentralisierten Bundesstaates. Man muß sich darüber klar sein, daß für die Entwicklung eines demokratischen Systems in Deutschland weniger die Frage, ob der Zentralgewalt etwas mehr oder weniger an Rechten eingeräumt wird, entscheidend ist, als vielmehr die Frage, ob es gelingt, das Parteiensystem in Deutschland zu einem praktischen Arbeiten zu bringen. Wir haben in Deutschland wieder den Ansatz zu einem Fünfparteiensystem, das sich in der Zeit nach 1918 durch Spaltungen und Sondergruppen in noch zahlreichere Parteien aufspaltete, eine Rechtspartei, eine liberale Partei, eine christli-

~~60509~~

che Partei, eine sozialistische und eine kommunistische Partei. Da keine der Parteien stark genug ist, selbst eine Regierung zu bilden, kommen nur Koalitions-Regierungen zustande. In Deutschland war es kennzeichnend für die Zeit nach 1918, daß solche Koalitionsregierungen immer von den sogenannten Parteien der Mitte gebildet werden. Hierin liegt eine grundsätzliche Gefahr. Diese Parteien werden nicht durch eine andere Konstellation abgelöst, sondern sie bleiben, wie die Koalitionsregierung in Preußen nach 1918, dauernd im Amt. Das Volk, das mit diesen Parteien nicht zufrieden ist, wählt die Flügelparteien rechts und links. Diese können aber wiederum keine Koalition bilden. Auf diese Weise entstehen politische Situationen, wie ^{wir} sie vor 1933 erlebt haben. Parteiregierungen müssen von anderen Parteiregierungen abgelöst werden können und tatsächlich auch abgelöst werden. Darauf beruht das Funktionieren des demokratischen Systems in Amerika und England. Es kann nicht funktionieren bei einem Fünfparteiensystem, bei dem nicht 3 Linksparteien sich mit 2 Rechtsparteien ablösen - dann ginge es zur Not -, sondern zwei oder drei Mittelparteien ohne Ablösung einer unverantwortlichen Opposition je 1 Partei rechts und links gegenüber stehen. Hier scheint mir die Hauptschwierigkeit für eine Entwicklung zu einem demokratischen System zu liegen. Es müßte angestrebt werden, entweder zum Zweiparteiensystem zu kommen - der Ansatz dazu ist in der Russischen Zone durch Bilder der SED auf der linken Seite gemacht worden, der nun eine vereinigte Rechte gegenüberzutreten hätte - oder zu einem System, bei dem sich Flügelpartei-Koalitionen ablösen; das ist ein Ergebnis das Gleiche, nur daß man hier nicht zu einer Vereinigung, sondern nur zu einer Koalition von Parteien kommt.

~~00070~~

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Man sollte sich bei der Erörterung dieses Themas völlig von der Auffassung freimachen, daß man, um zu den Vereinigten Staaten von Europa zu gelangen, nur den Weg zu gehen brauche, den die Vereinigten Staaten von Amerika gegangen sind. Nimmt man sich für das europäische Problem die USA. zum Vorbild, so geht man von einer falschen Voraussetzung aus, die zu falschen Schlüssen, überspannten Forderungen und zur Unterschätzung der tatsächlichen Schwierigkeiten führt. Die falsche Voraussetzung liegt in der fehlenden Gleichartigkeit der zu vereinigenden Staaten. Es sind im wesentlichen zwei große Unterschiede, die eine Gleichsetzung unmöglich machen. Der eine ist in der Sprache enthalten. Die im Laufe eines Jahrhunderts zusammengefaßten Staaten Nordamerikas sprachen dieselbe Sprache und waren daher von vornherein durch das stärkste einigende Band verbunden. Die Staaten Europas gleichen dem Volk nach dem Turmbau zu Babel, es verstand einer des anderen Sprache nicht mehr. Der zweite Unterschied ist vielleicht noch bedeutsamer; ihn deutet Goethe in seinem bekannten Verse an: "Amerika du hast es besser als unser Kontinent, der alte", wenn er den "unendlichen Streit" beklagt, der diesen Kontinent seit Jahrhunderten zerrissen hat. In diesen Jahrhunderten sind die europäischen Völker zu festgefügt, Persönlichkeiten geworden, mit einer reichen Geschichte, mit einer stolzen Tradition, mit Erbfeindschaften gegenüber bestimmten Nachbarn, mit Prestigeansprüchen aller Art, kurz mit lauter Eigenschaften, die dem Aufgehen in einem größeren Verband im Wege stehen. Man darf nicht vergessen, daß hier neben den eigentlichen Großmächten kleinere Mächte sind, die in früheren Jahrhunderten eine Großmacht waren, wie Holland und Schweden; man muß daran denken, daß in früheren Jahrhunderten sich das Schicksal der Welt abwechselnd nach Rom, nach Madrid, nach Wien, nach Paris hat richten müssen. Dann wird man verstehen, warum man das Problem Europa nicht analog dem Vorgang Nordamerikas ansehen und behandeln kann.

Es erhebt sich die berechtigte Frage, ob man denn überhaupt dieses Problem in Angriff nehmen kann und soll. Bevor die Frage beantwortet wird, müssen kurz die bisherigen Versuche gestreift werden, Europa eine Ordnung zu geben und es in irgendeiner Form zusammenzufassen. Europa ist nur ein einziges Mal nach dem Zerfall des römischen Reiches eine Einheit gewesen, im Reich Karl des Großen, das Frankreich, Deutschland und Italien zusammenfaßte und das sich von der spanischen Mark bis zu seinen in den Osten vorgeschobenen Marken erstreckte. Nach dem Zerfall seines Reichs sind es in den folgenden Jahrtausend zwei Tendenzen, die um die Herrschaft ringen. Die eine ist mit der Idee des römischen Reiches deutscher Nation, wie der Titel des deutschen Reiches bis 1806 lautete, verbunden. Sie bedeutete, daß dem deutschen Kaiser als Nachfolger des Imperium Romanum, als Schutzherrn der Christenheit, als Beherrscher des Reichs der europä-

Mitte und als Repräsentanten der stärkten Macht in Europa ein Führungsanspruch auf diesen Erdteile zusteht. Das deutsche Kaiserreich war nicht auf der Idee eines Imperiums aufgebaut, einer Herrschaft über die anderen Völker, wohl aber auf dem Gedanken der Führung im europäischen Raum. Dieser Gedanke ließ sich mit dem Aufkommen der Nationalstaaten und dem Erstarken des Nationalgedankens immer schwerer verwirklichen und wurde durch die Tendenz einer imperialen Beherrschung Europas, die stets von der Peripherie ausgegangen ist, abgelöst. Diese Tendenz findet ihren Ausdruck in dem Herrschaftsanspruch Spaniens unter den Habsburgern, Frankreichs unter Ludwig XIV und Napoleon I., vielleicht gegenwärtig Rußlands. Der Gedanke der Führung von der Mitte her wird noch einmal aufgenommen in dem vom Prinzen Eugen während des von Deutschland und England gegen Ludwig XIV. geführten spanischen Erbfolgekrieges dem englischen Bundesgenossen gemachten Vorschlage, die Ordnung Europas durch das Bündnis der Festlandsmacht der Mitte der der stärksten Seemacht herzustellen. Der Vorschlag kommt wegen des von England mit Ludwig XIV. abgeschlossenen Waffenstillstandes, den Winston Churchill einmal eine der schwächsten Verratsstaten der Weltgeschichte genannt hat, nicht zur Durchführung. Europa wird ~~damit~~ von dem von England ausgehenden Gedanken Gedanken des Gleichgewichts beherrscht. Diese Tendenz, die bis zu diesem Kriege das für die europäische Ordnung beherrschende Prinzip gewesen ist, setzt das Vorhandensein einer ~~Masse~~ Anzahl gleichstarker Kontinentalmächte voraus. Sie hat durch den völligen Zusammenbruch Deutschland ihre Grundlage verloren. Zudem bedeutet diese Idee schließlich nur eine gelenkte Anarchie, sie setzt nicht einen Zustand der friedlichen Ordnung voraus, sondern einen Zustand von Raubtieren, die durch gleiche Stärke und "urcht voreinander im Zaum gehalten werden. Sie geht von der Möglichkeit neu aufkommender Streitigkeiten aus und entspricht daher nicht dem Prinzip, nach dem sich die Menschen unserer Zeit sehnen. Eine neue Idee für die Ordnung Europas ist daher erforderlich. Da diese Idee nicht mehr in einer Führung durch die Mitte, auch nicht mehr in einem Gleichgewicht, das nicht mehr vorhanden ist, bestehen kann und in dem Imperium einer Macht über Europa nicht bestehen soll, bleibt nur der Gedanke der Einigung Europas, des Zusammenschlusses zu einer größeren Einheit, übrig. Diese Einigung kann allein auch die Befriedung des seit Jahrhunderten durch ständige Kriege zerrissenen und verwüsteten Erdteils bringen. Gelingt sie nicht, ist eine Balkanisierung Europas unvermeidlich. Hierbei ist die Bewahrung, ja die Festigung der einzelnen Volkscharaktere auch in einer größeren Einheit möglich und denkbar. Der Nationalismus bekommt damit einen anderen Sinn. Er verliert seinen ausschließlichen Charakter, trennt sich vom Chauvinismus und der festgefressenen Vorurteile der Erbfeindschaften. Völkergemeinschaft bedeutet Anerkennung und Verpflichtung einer über das Nationale hinausreichenden höheren Einheit.

- 5 - Der Forderung nach den Vereinigten Staaten Europas stehen zwei große Schwierigkeiten entgegen. Die eine liegt in dem Abgucken Rußlands, daß dieser Gedanke gegen Rußland gerichtet sei. Das ist nicht ganz unrichtig, solange die Absichten Rußlands Europa gegenüber nicht völlig geklärt sind. Damit verknüpft sich das Problem der Vereinigten Staaten Europas mit dem Problem Rußland. Dieses Problem stellt sich uns in doppelter Fragestellung: Gehört Rußland überhaupt zu Europa? Welche Absichten hat Rußland hinsichtlich Gesamteuropas? Bei der Beantwortung der ersten Frage stoßen wir auf die Schwierigkeit der Definition Europas überhaupt. Europa ist weniger ein geographischer Begriff, als eine historische und geistige Einheit. Es ist kein Zweifel, daß im 18. Jahrhundert wie zu Zeiten der Heiligen Allianz im 19. Jahrhundert Rußland als zu Europa gehörig empfunden wurde. Aber es steht ebensowenig außer Zweifel, daß die Erschließung Sibiriens und die Verlegung wirtschaftlicher und politischer Schwerpunkte nach dem fernen Osten, Rußland mehr zu einer asiatischen als zu einer europäischen Macht hat werden lassen. Die Einbeziehung des gesamten russischen Reiches in die Vereinigten Staaten von Europa würde praktisch bedeuten, daß Europa nur ein kleines Anhängsel am Riesenreich der Sowjets werden würde, nicht nur geographisch - man werfe nur einen Blick auf die Karte - sondern auch politisch. Die Frage, welche Absichten Rußland in Europa verfolgt, gehört in die Sphäre der auf allen Nationen lastenden Ungewißheit über die letzten Ziele Rußlands. Das Schicksal der Vereinigten Staaten Europas ist daher abhängig von der Klärung der künftigen Politik Rußlands und des Verhältnisses der übrigen Nationen zu Rußland. Eines ist klar, daß die östliche Grenze der Vereinigten Staaten von Europa nicht entlang der jetzt die russische Besatzungszone von den Zonen der Westmächte trennenden Linie verlaufen kann. Eine Ausschließung der östlich dieser Grenze liegenden Gebiete würde von vornherein den Todeskeim für die Vereinigten Staaten von Europa in sich tragen. Auf der anderen Seite muß man den russischen Standpunkt verstehen und anerkennen, nach dem es den Gedanken des Vereinigten Europas grundsätzlich ablehnen und leidenschaftlich bekämpfen muß, wenn Grundlage und Ziel dieser Vereinigung die gemeinsame Front gegen Rußland ist. Man kann hier die Lösung wohl nur darin finden, daß Rußland nicht als ganzes Reich, aber mit seinen westlichsten Republiken, also vor allem mit der Ukraine und Weißruthenien, am Vereinigten Europa beteiligt wird. Eine solche Regelung wäre nichts Neues; Österreich-Ungarn hat vor 1866 immer nur mit Teilen seines Gebietes zum Deutschen Reich und dann zum Deutschen Bund gehört.

Die zweite Schwierigkeit liegt in der Einstellung von Frankreich zu Deutschland. Frankreich geht von dem Grundsatz der Sicherheit aus und ist jeder Regelung abgeneigt, die es Deutschland dank seiner größeren Einwohnerzahl möglich machen könnte, Frankreich zu überrunden. Der französische Außenminister Schumann hat kürzlich das Problem vom französischen Standpunkt aus dahin formuliert:

um Deutschland herum bauen soll. Er berührt damit eine Frage, die noch zu erörtern sein wird, nämlich das Verhältnis Deutschlands zum Vereinigten Europa. Für Frankreich dürfte die Entscheidung in dem Bündnis mit England Hagen, denn hierdurch gewinnt es nicht nur die Sicherheit der Unterstützung durch England im Falle eines ausbrechenden Krieges, sondern die noch größere und wichtigere Sicherheit, daß durch das Vorhandensein eines solchen Bündnisses der Ausbruch eines Krieges verhindert werden wird. Deshalb mußte der Abschluß dieses Bündnisses von allen Europäern herzlich begrüßt werden, da es eines der größten Hindernisse auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa entfernt. Es liegt vielleicht auch nicht außerhalb dem Bereich des Möglichen, Frankreich davon zu überzeugen, daß gerade die Bildung eines Vereinigten Europas, dem sowohl Frankreich wie Deutschland angehören, die stärkste Garantie gegen die Wiederholung von Kriegen in Europa sein wird.

Daß für Deutschland die Frage des Vereinigten Europas von besonderer Bedeutung sein muß, liegt auf der Hand, nicht nur im Hinblick auf seine jetzige Lage, sondern weil das in der Mitte des Erzteils gelegene Land, wie man auch die Grenzen zieht, immer von dieser Bildung betroffen werden würde. Das Verhältnis Deutschlands zu diesem Problem ist unter einem doppelten Gesichtspunkt zu sehen. Für die deutschen Menschen würde ein solches Ziel die Aussicht und Hoffnung bedeuten, in einer größeren Einheit durch Fleiß, Tüchtigkeit und friedlichen Wettstreit wieder in die Höhe zu kommen; es würde die Wiederentstehung eines überhitzten Nationalismus verhindern und die Deutschen an das Zusammenleben mit andern Völkern in einem größeren Verband gewöhnen. Daß das möglich ist, zeigt das Beispiel der Deutschen in der Schweiz. Der andere Gesichtspunkt ist, daß Europa nur gedeihen kann, wenn in der Mitte des Erdteils menschenwürdige Verhältnisse bestehen. Herrscht wirtschaftliche Not in Deutschland, dann können die Nachbarstaaten nicht gedeihen. Länder wie Österreich und Holland, nur zwei Beispiele zu nennen, sind mit ihrer Wirtschaft so stark von Deutschland abhängig, daß ihre Wirtschaft darnieder liegen muß, solange die deutsche Wirtschaft auf keinen grünen Zweig kommt. Aber ebenso liegt es auf geistigem Gebiet. Geistige Erkrankungen in Deutschland, wie das Absinken des deutschen Volkes in einen politischen Nihilismus, gleichgültig ob er unter der Fahne des internationalen Bolschewismus oder eines neuen Chauvinismus marschierte, können nicht ohne Einfluß auf die Nachbarländer bleiben. Deutschen haben ihr Land gern als das Herz Europas bezeichnet und daraus den Führungsanspruch hergeleitet. Eines ist hieran unbestreitbar richtig, daß dieses Land einfach infolge seiner geographischen Lage dies an mehr Länder angrenzen läßt als irgend ein anderes Land Europas, durch sein Ergehen mehr Länder in Mitleidenschaft zieht, als irgend ein anderes Land. Insofern ist es wirklich das Nervenzentrum, von dem immer Böses und Gutes ausgehen kann und muß.

- 5 - ändern Ländern mit ergreift. Deshalb ist der kommende Friedensvertrag über Deutschland von solcher Wichtigkeit für Europa, ^{28.8.2018} ^{18.10.189} die wichtigste Voraussetzung für eine Befriedung Europas und für die Möglichkeit eines Aufbaus des Vereinigten Europas überhaupt. Es ist klar, daß ein Land, das seine reichsten landwirtschaftlichen Gebiete verliert, mit einer auf ein enges Gebiet zusammengedrängten Überbevölkerung stets unter den Gefahren des Hungers und der Arbeitslosigkeit leiden muß und daher ein ständiger Eiterherd in der Mitte des Erdteils bleiben wird. Ein krankes Nervenzentrum bedeutet dauernde Krankheiten für den ganzen Körper. Die Überlassung der landwirtschaftlichen Provinzen Deutschlands an Polen ist daher der schwerste Schlag, der nicht nur Deutschlands Zukunft, sondern die Zukunft Europas trifft. Das wird dadurch noch verstärkt, daß Polen in dem Gefühl ungerechtfertigten Gewinns seines Besitzes ^{nie} froh werden und in der Unruheewiger Furcht leben wird. Also auch an dieser Stelle entsteht ein Krankheitsherd. Wenn nun Zeitungen der Westmächte die Revision des augenblicklich bestehenden Zustandes, der ja ein künstlich, durch Anwendung brutaler Gewalt, hergestellter Zustand ist, als nicht möglich bezeichnen, weil, wie die New York Times schreibt, Besitz 9/10 des Rechts sei, oder, wie der Manchester Guardian schreibt, die Deutschen dies als Preis für ihre Niederlage anzunehmen hätten, so unmoralisch die Besitzergreifung auch sei, dann steht diese Argumentation völlig auf dem Boden des Satzes, daß Macht vor Recht gehe, den zu beseitigen ja gerade eines der Ziele der Westmächte in diesem Kriege gewesen ist. Wie sollen deutsche Menschen an die Aufrichtigkeit moralischer und demokratischer Grundsätze im Völkerleben glauben, wenn ihnen gegenüber stets a von den alten Grundsätzen der Gewalt Gebrauch gemacht wird? Foster Dulles hat in seinem Buch "War, Peace and Change" mit überzeugender Kraft den Grundsatz vertreten, daß die rechtzeitige, friedliche Änderung unhaltbarer Zustände das Korralat zu der Forderung ist, von Gewalt im Verkehr der Völker abzusehen. Das zwischen den beiden Weltkriegen nicht getan, den Revisions-Artikel des Völkerbundsstatutes nicht angewandt zu haben, war eine große Schuld der Westmächte, die zu der verhängnisvollen Entwicklung in Deutschland beigetragen hat. Jetzt will man sogar die neue Ära des Friedens mit der Schaffung eines solchen unhaltbaren Zustandes einleiten. Man hat an Bismarck starke Kritik geübt, daß er im Frankfurter Frieden die Annektion von Elsaß-Lothringen verlangt hat. Dabei handelte es sich um alte deutsche, von Deutschen bewohnte Gebiete, die erst vor 200 Jahren von Ludwig XIV dem deutschen Reich weggenommen worden waren. Jetzt soll Polen uralte deutsche Gebiete erhalten, auf denen seit 1000 Jahren nur Deutsche wohnen. Das ist ein Gewaltfrieden, der mit dem Frankfurter garnicht verglichen werden kann.

Es ist zuerst von der Notwendigkeit gesprochen worden, das Vereinigte Europa zu errichten, sodann von den Schwierigkeiten, die diesem Gedanken vor allem in der Haltung von Ausland und Frankreich

- 6 - entgegenstehen, und endlich von dem Erfordernis, durch eine gerechte Regelung der deutschen Ostgrenze, die Voraussetzung ~~zur~~ ^{zur} das Entstehen einer friedlichen Ordnung in Europa zu schaffen. Wenn nun die Frage gestellt wird, welche praktischen Möglichkeiten dann für die Verwirklichung des Plans in Betracht kommen, so sei eine allgemeine Bemerkung vorausgeschickt: Man darf an dieses Problem nicht mit einem naiven Idealismus herangehen, der die Schwierigkeiten unterschätzt und der Auffassung huldigt, daß eine neue Situation schon selbsttätig die Heilmittel zur Lösung des Problems schaffen muß. Aber ~~den~~ ^{den} wenig soll man den Zynismus der reikmanen Realpolitiker, der Kinder der Finsternis, wie Niebahr sie nennt, Raum geben und sich von dem Gewicht der bestehenden Hindernisse so beeindrucken lassen, daß man die aufbauenden Kräfte einer revolutionären Periode nicht erkennt oder zu gering achtet. Unter diesem Gesichtspunkt soll man das Ziel nicht von Anfang an zu hoch stecken und nicht versuchen, es mit Mitteln zu erreichen, die besonders stark mit Hemmnissen belastet sind. Auf der anderen Seite soll man sich auch kein zu niedriges Endziel setzen, um nicht von vornherein den Schwung einer großen Idee einzubüßen, und soll sich derjenigen Mittel bedienen, die der Zeitlage entsprechend am wirksamsten erscheinen. Daraus dürfte sich Folgendes ergeben: Jetzt alsbald einen Staatenbund in Analogie der Vereinigten Staaten von Amerika zu fordern, wäre eine Utopie, die jeden praktischen Fortschritt zu nichte machen könnte. Es wäre aber auch ebenso falsch, eine "kleinstaatliche" Lösung zu fordern, etwa mit einem "Mitteleuropa" zu beginnen. Dies würde zudem Frankreichs Abneigung gegen ein "um Deutschland herum aufgebautes Europa" verstärken. Die Vereinigten Staaten von ganz Europa müssen das Endziel sein, das sich aber nur in einer ganzen Reihe von Etappen erreichen läßt, die sich aber eine lange Zeit erstrecken mögen. Soll man mit Zollunion anfangen? Jedes Niederreißen den Europa, ähnlich wie Deutschland vor 1834, in viele getrennte Wirtschaftsgebiete trennenden Zollmauern ist zu begrüßen. Es ist auch durchaus denkbar, daß in einer Reihe von Fällen, etwa zwischen Belgien und Holland, von diesem Mittel Gebrauch gemacht wird. Wenn man aber berücksichtigt, welche praktischen Schwierigkeiten der Durchführung einer Zollunion im Wege stehen, die notwenige Angleichung der Steuergesetze, der Währungen, der Wirtschaftsverhältnisse etc. und daß dabei jeder Staat etwas von seinen Souveränitätsrechten aufgeben muß, dann sieht man, daß wahrscheinlich auf diesem Gebiete gerade in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Verhältnisse so labil sind und unübersehbar sind, praktische Fortschritte schwer erreicht werden würden. Welcher Weg bleibt dann übrig? Es dürfte eine Lage in Europa bestehen, die mit der Lage in Deutschland im Jahre 1848 Ähnlichkeit hat. Der Wunsch nach einer Einigung Deutschlands war im Volke verbreitet, aber die Regierungen widerstrebten seiner Durchführung. Da appellierte man an das Volk und wählte die Nationalversammlung. Es ist nicht ihre Schuld gewesen, daß sie die Einigung nicht erreicht hat; daß sie in Preußen einen König fand, der nicht

das Format besaß, dem Auf zu folgen, den die Nationalversammlung an ihn richtete. Trotzdem ist die Arbeit der Nationalversammlung die unentbehrliche Vorarbeit für das spätere Einigungswerk gewesen. Auch jetzt ist in allen Völkern der Wunsch nach einer friedlichen Einigung stärker, als es in den Äußerungen der Presse und in der Haltung der Regierungen zum Ausdruck kommt. Deshalb geht man einen kühnen Schritt und berufe ~~das~~ das erste europäische Parlament. Zu welchen Beschlüssen es kommt, ob es sich eine europäische Regierung zu geben vermag, ob es auf bestimmten Gebieten schon zu einem gemeinsamen Handeln kommen kann, das überlasse man ihm. Die Einberufung eines solchen Parlaments ist die erste Etappe, die mit Zwangsläufigkeit weitere Etappen im Gefolge haben wird. Es ist im Augenblick nicht mehr zu erreichen, als daß die Völker Europas in einer gemeinsamen Vertretung das Problem der Ordnung Europas zur Diskussion stellen. Es wird dann nicht wieder aus der Diskussion verschwinden. Es ist der einzige Weg, auf dem die in den Völkern vorhandenen geistigen Kräfte die seelischen Stimmungen, die nach einer Lösung rufen, dienstbar und fruchtbar gemacht werden können.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

-1-

[Amerikanische Besatzungspolitik und die Internierung]

Die Internationale

Es gibt ein Ziel, in dem sich alle Menschen guten Willens, welcher Nationalität und welcher politischen Richtung sie auch angehören, einig sein müßten, das Ziel, daß die Kinder dieser Generation, die durch so Furchtbares hindurchgegangen ist, eine lichtere Zukunft sehen und in einer Welt leben möchten, in der Friede und Menschlichkeit und Gerechtigkeit regieren. Zwei Gefahren bedrohen die Erreichung dieses Zieles und stehen als dunkle Wolken am Horizont der Entwicklung der Menschheit. Die eine Gefahr liegt im Bolschewismus. Die Ungewissheit, ob sein System sich wandeln oder das Ziel der gewalttätigen Verbreitung der Weltrevolution über die ganze Erde beibehalten wird, liegt als schwerer Druck auf allen Völkern. Die andere Gefahr liegt darin, daß wieder als Folge des letzten Krieges eine Saat des Hasses ausgesät wird, deren Ernte Rache und Krieg sind.

Die verwundbarste Stelle auf Erden, wo beider Gefahren am bedrohlichsten zur Auswirkung kommen können, ist augenblicklich Deutschland. Fällt Deutschland dem Bolschewismus anheim, dann ist seine Ausdehnung auf andere Länder kaum zu vermeiden. Werden bei der Besetzung Deutschlands schwere Fehler gemacht, die den verhängnisvollen Kreislauf von Haß und Rache erneut in Bewegung setzen, dann bleibt Deutschland ein ewiger Eiterherd. Daß es hierzu nicht kommt, ist daher nicht bloß eine Frage, die für Deutschland von entscheidender Bedeutung ist, sondern eine Frage von unmittelbarer, größter Wichtigkeit für die Westmächte, für Amerika ebenso wie für England und Frankreich. Alle Menschen in Amerika wie in Deutschland, die sich dem großen Ziel der Befriedung verschworen haben, sollten die Gefahren erkennen, die dieses Ziel bedrohen, und in gemeinsamer Arbeit nach Wegen suchen, ihnen zu steuern.

Die Gefahr der Bolschewisierung Deutschlands ist in der Anlage dargestellt. Die andere Gefahr liegt in der amerikanischen Besatzungspolitik überhaupt. Hier sind nun in der Vergangenheit in der Behandlung des deutschen Volkes schwerwiegende Fehler gemacht worden, die sich durch die kürzlich eingeleitete, von General Mc Narney verkündete grundsätzliche Änderung der Politik, wenn überhaupt, nur sehr allmählich und nur dann wieder gutgemacht werden können, wenn man die Fehlerquellen erkennt und grundsätzlich abstellt. Als ich es in den drei Wochen der sogenannten Regierung

~~00678~~

Doenitz meinen Mitarbeitern als die einzig mögliche Politik für das deutsche Volk bezeichnete, sich nicht aus taktischen Gründen, sondern aus innerster Überzeugung den Westmächten anzuschließen und mit dem festen Willen, zu einem Sichzusammen-Finden zu gelangen und sich darin auch durch die unvermeidlichen Härten der Besatzungszeit nicht irre machen zu lassen, da habe ich Verständnis und Zustimmung gefunden. In den seitdem vergangenen 1 1/2 Jahren habe ich in den verschiedenen Lagern, in denen ich gewesen bin, vielleicht noch eine verstandesmäßige, lediglich mit der Opposition gegen den Bolschewismus begründete, aber immer weniger eine gefühls- und überzeugungsmäßige Zustimmung zu einer solchen Politik angetroffen. Ich stieß auch immer öfter bei Internierten und in Briefen von Angehörigen, die mir gezeigt wurden, auf die Zweifelsfrage: Wollen uns die Westmächte tatsächlich vernichten? Von dieser Zweifelsfrage ist es nur ein kleiner Schritt zu dem Entschluß, dann lieber gleich sich den Bolschewisten anzuschließen, in deren Gewalt wir dann doch schließlich bleiben würden. Tatsächlich vergrößerte sich auch immer mehr die Zahl derjenigen, die dem positiven Zusammengehen mit dem Bolschewismus das Wort redeten, nicht aus Liebe für den Bolschewismus, sondern aus Empörung über das Unrecht, das nach ihrer Ansicht dauernd von den Westmächten, insbesondere von Amerika, verübt würde. Ich spreche hierbei nicht von der großen Zahl derjenigen, die immer sich alsbald zufriedenstellen lassen werden, wenn sie nur genug zu essen bekommen, sondern ich denke an die wertvollen Menschen mit Haltung und Ehrgefühl, auf deren Gesinnung und Einstellung die anderen doch immer schauen und von denen sie sich bestimmen lassen. Und gerade diese Menschen empfinden das, was sie als Unrecht ansehen zu müssen glauben, viel stärker und lassen sich durch ihre Reaktion auf ein solches Unrecht entscheidend beeinflussen.

Worin wird dieses Unrecht gesehen? Ich will hier nicht einzelne Übergriffe aufzählen, die in den Internierungslagern vorgekommen sind. Es ist wohl solchen Lagern eigen, daß die schrankenlose Gewalt, die hier Menschen über andern Menschen eingeräumt ist, schlechte Mann Elemente mit dunklen Trieben dazu führt, sich an den in ihre Macht gegebenen Wehrlosen zu vergehen. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Vorgesetzten solche Dinge nicht gewollt haben, ja daß sie ihnen in den meisten Fällen nicht einmal bekannt gewor-

~~00079~~

den sind. Aber unter den Internierten werden sie bekannt, schon durch den dauernden Wechsel in den Lagern. Das Furchtbare dabei ist, daß 100 verbrecherische Wachmannschaften durch ihre Missetaten das Werk verderben können, um das sich Millionen von Menschen auf beiden Seiten mühen. Gegenüber solchen Taten verblassen leider in der Empfindung der Internierten die Beweise von Gutherzigkeit und Verständnis, die ich bei amerikanischen Offizieren und Wachmannschaften vielfach erlebt habe. Fälle sadistischer Grausamkeit und grober Mißhandlung, die im ersten Besatzungsjahr nach vorliegenden beeideten Aussagen nicht nur vereinzelt vorgekommen sind - am schlimmsten scheinen die Zustände im Lager Moosburg in Bayern gewesen zu sein - kommen nach meiner Kenntnis in den eigentlichen Internierungslagern nicht mehr vor. Dagegen scheinen noch Mißhandlungen bei Vernehmungen in Strafprozessen vorzukommen. In dem Mauthausen-Prozeß gegen eine Reihe von SS-Männern, die unter der Anklage der Tötung amerikanischer Kriegsgefangener in der Ardennen-Offensive standen, wurden einige Teilnehmer aus Versehen in das Lager Plattling gebracht, in dem ich damals war. Sie erzählten dort von den Foltermethoden, die zur Erzwingung von Aussagen bei den Vernehmungen angewandt worden waren. Daß diese Erzählungen nicht aus der Luft gegriffen waren, wurde durch spätere Zeitungsmeldungen über den Protest eines amerikanischen Offiziers gegen derartige Methoden bestätigt. Im übrigen ist aber unzweifelhaft etwa seit dem Sommer eine wesentliche Besserung in dieser Hinsicht eingetreten. Immerhin habe ich selbst noch, um nur zwei Fälle zu erwähnen, erlebt, daß bei der Verlegung der Internierten aus dem Lager Plattling nach Nürnberg-KangLangwasser im August 1946 die Internierten ihr Gepäck vor dem Eintritt in das Lager absetzen mußten. Dort hat es dann vor den Augen der Internierten in Sonne und Regen gestanden, bis der ganze Haufe durch verschimmelte Eßwaren und sonstiges verdorbenes Zeug zu stinken begann. Es wurde täglich nur ein kleiner Teil abgeholt; die Letzten bekamen ihr Gepäck, soweit es noch vorhanden war, nach drei Wochen. Gerade bei Leuten, die ihr Hab und Gut durch Evakuierung oder Bombenschaden bereits verloren haben und deren Letztes Eigentum in dem Bißchen besteht, das sie mit sich schleppen, erregt solche Schikane Gefühle des Hasses. Bei dem Abtransport aus dem Lager Langwasser nach Regensburg wurde der Antrag der deutschen Lagerleitung, für den etwa

~~00000~~

1 1/2 km. langen Weg vom Lager zum Bahnhof wenigstens für Herzkranke und Amputierte Lastkraftwagen zur Fortschaffung des schweren Gepäcks zu stellen, abgelehnt. Nachdem die Leute von morgens um 5 bis Nachmittags 14 Uhr an einem heißen Tage ohne Verpflegung auf der Straße hatten stehen müssen, wurden sie im Eiltempo zum Bahnhof getrieben. Diejenigen, die mit ihrem Gepäck nicht schnell genug mitkommen konnten, wurden mit Kolben geschlagen und gestoßen. Eine Reihe von Hitz- und Herzschlägen und mehrere Todesfälle waren die Folge. Daraufhin wurde am nächsten Tage der gesamte zweite Transport mit Lastkraftwagen zur Bahn gefahren. Aber das Unglück mit der Folge erneuten Hasses war geschehen. Als wir in die Wagen eingeladen worden waren, hörte ich zufällig die Unterhaltung amerikanischer Wachsoldaten; einer fragte, was wir für Leute wären; der andere antwortete: they are all going to be hanged. Dabei bestand gerade dieser Transport in der überwiegenden Mehrzahl aus wirklich harmlosen Internierten, kleinen Parteifunktionären und höheren Beamten, die in der Mehrzahl vor ihrer Entlassung standen. Kann man sich wundern, daß junge unbedachte Männer in ihrem Verhalten fehlgreifen, wenn sie glauben, daß es sich um lauter Todeswürdige Verbrecher handelt? Ihnen kann man keinen Vorwurf machen, wohl aber einem System, daß diesen Glauben in ihnen verbreitet hat.

Ich komme hiermit auf einen entscheidenden Punkt. Wohl haben die führenden Männer Amerikas in ihren Reden, für die jeder von uns dankbar ist, immer wieder hervorgehoben, daß ihre Politik nicht von den Gefühlen der Rache diktiert sein dürfe und diktiert sei. Aber wir haben, wohl nicht mit Unrecht, das Gefühl gehabt, daß die Praxis anders aussah und daß in der öffentlichen Meinung des amerikanischen Volkes bestimmenden Propaganda der Grundton der Rache überwog. Sie schien uns in dem Verbot der Verbrüderung zum Ausdruck zu kommen, durch das ein ganzes Volk gewissermaßen als Pestkranker, von dem man Ansteckung befürchten müsse, gebrandmarkt wurde. Hier soll nun auf Grund der Weihnachtbotschaft ein grundsätzlicher Wandel eintreten. Form und Wirkung dieser Wandlung bleibt abzuwarten.

Diese Wandlung müßte sich aber auch auf das gesamte Problem der Internierung beziehen. Die mit der immer längeren Dauer der Internierung immer stärker als schweres Unrecht empfundene Unterschiedslosigkeit der Gefangennahme ist der Punkt, der nicht nur bei

~~00081~~

den Internierten selbst, sondern vor allem auch bei ihren Angehörigen Empörung hervorruft. Daß es in mehr als 1½ Jahren nicht gelungen, ja anscheinend nicht einmal ernstlich versucht worden ist, Menschen, die man als Verbrecher einem Verfahren zuführen will oder die man zur Wahrung der Sicherheit der Besatzungsmacht nicht glaubt freilassen zu können, von solchen zu trennen, die überhaupt zu Unrecht in den Lagern interniert sind oder deren Verhaftungsgrund lediglich in der Zugehörigkeit zur Partei oder in ihrer amtlichen oder wirtschaftlichen Tätigkeit bestanden hat, das kann man in den Kreisen der Betroffenen nicht verstehen. Ich will einige Beispiele nennen. Ich habe in verschiedenen Lagern Menschen getroffen, die nur auf Grund einer Namensverwechslung in Haft waren. Obwohl dies auch den Interrogatoren bekannt war, gelang es nicht oder erst nach vielen Monaten, ihre Freilassung zu erreichen. Ich habe Amputierte, Blinde, An Krebs oder Tuberkulose leidende Todeskandidaten gesehen, die man nicht freiließ, weil nach den Bestimmungen nur solche Gefangene wegen Krankheit entlassen werden dürfen, die nach der Bescheinigung eines amerikanischen Arztes nicht mehr als noch 8 Wochen zu leben haben. Das wird in den Lagern als unmenschlich angesehen. Ich erwähne hier den Fall eines blinden Professors der Theologie der Universität Breslau, der aus reinstem Idealismus dem National-Sozialismus sich angeschlossen hatte, weil er im Bolschewismus den gefährlichsten Feind des Christentums, im Nat.Soz. den entschlossensten und stärksten Gegner des Bolschewismus erblickte. Man kann solchen Mann vielleicht als politischen Narren ansehen, aber nicht als Verbrecher. Ich nenne auch noch den Fall des weit über 80 Jahre alten Generals, der im Kyffhäuserbund, der Vereinigung ehemaliger Soldaten, tätig gewesen war und, als dieser Bund von der SS übernommen wurde, einem seinem Generalsrang entsprechenden Ehrenrang in der SS erhalten hatte; deswegen ist er noch immer in Haft, obwohl sein Chef, der Präsident des Kyffhäuserbundes, mit einem noch höheren Rang in der SS, in Freiheit ist. Schließlich erwähne ich noch den Fall eines jungen Generalstabsoffiziers, der 1937 beim deutschen Militärattaché in Paris tätig war und der, da er glaubte, daß durch Deutschlands Schuld ein Krieg entstehen könnte, um seinen Abschied bat, weil er an einem solchen Krieg nicht teilnehmen wollte; er erhielt seinen Abschied und beteiligte sich nicht am Kriege, ist aber doch wegen seiner früheren Zugehörigkeit zum Generalstab in Haft. Alle diese Fälle nenne ich nur als Beispiele für unendlich viele ähnlich gelagerter Fälle.

in 80003

deren Inhaftierung die Internierten eine aufreizende Ungerechtigkeit erblicken. Zahlreich sind auch die Fälle, in denen Menschen den Grund ihrer Verhaftung nicht kennen, da sie seit ihrer Inhaftnahme überhaupt noch nicht vernommen worden sind.

Diese unterschiedslose Behandlung, die den idealistischen Universitätsprofessor, den Generalstabsoffizier und Beamten, der nichts weiter wie seine Pflicht getan hat, in einen Topf wirft mit einem KZ-Wachmann, erkennt und verwertet nicht die wichtige Tatsache, daß in den Internierungslagern sich neben einzelnen wirklich Schuldigen und einer großen Zahl solcher, denen nur an der Frage der eigenen Existenz gelegen ist, wertvollste und für eine gemeinsame Arbeit für das große, Anfangs genannte Ziel aufgeschlossene Menschen befinden. Ich denke dabei nicht nur an einzelne Beamte, Offiziere, Wirtschaftler, sondern an einen großen Teil der SS, besonders der Waffen-SS. Ich bin in zwei Lagern gewesen, die unter der Leitung der Waffen-SS standen. Haltung, Disziplin, Kameradschaft dieser Männer war tadellos, Ordnung und Sauberkeit in den Lagern vorbildlich. Die Folge war das im Vergleich zu den Verhältnissen in anderen Lagern auffallend gute Verhältnis des amerikanischen Lagerkommandanten zur SS. Was hier zur Pflege des Theater und des Sports getan wurde, war erstaunlich. So wurden z.B. auswärtige Fußballmannschaften (Nürnberg, Jahn-Regensburg u.a.) zu Fußballkämpfen in das Lager geholt, und den Kommandant machte kein Hehl aus seiner Freude, wenn "seine SS-Mannschaft" siegte. Ich habe gerade unter den jungen SS-Führern Menschen getroffen, bei denen sich die Gefahr des Abgleitens in einen radikalen Nihilismus die Wage hielt mit der Möglichkeit der Verwendung wertvollster Eigenschaften im Dienst des großen Ziels. Was mir bei der Waffen-SS auffiel, war die völlige Ablehnung Himmler's, sie sahen den Generaloberst Hauser als ihren Führer und ihr Vorbild an. Die meisten von ihnen waren als Idealisten zur SS gegangen und fanden sich nun in ihren Idealen belogen und getäuscht. Nun suchten sie nach einem neuen politischen Ziel und einem neuen Glauben. Je nach der Behandlung kann hier ein Gefahrenherd oder hingebende Bereitschaft zur Mitarbeit entstehen. Ich habe ihnen in zahlreichen Gesprächen gesagt, daß sie den Gedanken eines großen deutschen Reiches, um dessen Verwirklichung die Deutschen seit Jahrhunderten gerungen hätten, endgültig preisgeben müßten. Unser Ziel könne nur noch das Aufgehen in einer größeren Einheit sein, un-

~~00082~~

ser Ziel und unsere Hoffnung müßten die Vereinigten Staaten von Europa sein. In einer solchen größeren Einheit in friedlichem Wettstreitkampf sich durch Fleiß, Anständigkeit, Leistung wieder in die Höhe zu arbeiten, das sei die künftige Aufgabe der deutschen Menschen. Es war hart für die jungen SS-Leute, die Idee des großen deutschen Reiches begraben zu sollen, und trotzdem gingen sie mit, nur hielten sie mir immer wieder die Zweifelsfrage entgegen, ob nicht die Westmächte, ob nicht besonders Amerika, auf die Vernichtung des deutschen Volkes abzielten, anders sei doch die bisherige Besatzungspolitik überhaupt nicht zu verstehen. Ich habe ihnen stets erwidert, daß diese Absicht nach meiner festen Überzeugung den Westmächten völlig fern läge, aber den Beweis für diese Überzeugung zu führen, war angesichts der Fülle von Unbegreiflichkeiten, die mir vorgehalten wurden, nicht leicht. Ich habe auf die humanitären und sozialen Veranstaltungen hingewiesen, die dankenswerter Weise und in ständig wachsendem Umfang von den Amerikanern für die Jugend und die notleidende Bevölkerung Deutschlands abgehalten würden. Die gute Absicht wurde durchaus anerkannt, aber ich begegnete der allgemeinen Auffassung, daß solche humanitären Maßnahmen allein das Problem des deutsch-amerikanischen Verhältnisses nicht lösen könnten, daß sie vielmehr von einer Wandlung in der gesamten Einstellung Amerikas zu Deutschland begleitet sein müßten. Wenn einzelne Stimmen darüber hinaus diese Veranstaltungen nur für eine Maske erklärten, hinter der Amerika das beabsichtigte Werk der Vernichtung Deutschlands nur um so ungestörter vollführen werde, so zeigt das nur, wie tief sich das durch das Verhalten in der Vergangenheit geweckte Mißtrauen eingefressen hat.

Unter den mir entgegengehaltenen Einwänden spielte die Unsicherheit des Schicksals des Einzelnen und die scheinbare Willkür, mit der bei der Inhaftierungsverfahren wird, eine große Rolle. Daß Männer, die ihren Entlassungsantrag unterschrieben haben und denen die Entlassung in baldige Aussicht gestellt ist, dann noch Monate auf die tatsächliche Entlassung warten müssen, ist an der Tagesordnung. Was das für diese Menschen bedeutet, die seit Jahr und Tag von ihrer Familie getrennt sind, und nur in sehr eingegrenzter brieflicher Verbindung mit ihr stehen, braucht nur kaum ausgeführt zu werden. Es gab noch bis vor kurzem Lager, in denen den Insassen nur eine Karte im Monat gestattet war. In den letzten Jahren Lagern, in denen ich war,

~~00001~~

durfte monatlich wenigstens ein Brief geschrieben werden. Ebenso willkürlich wie die Hinausschiebung der Entlassung erschien die Verlegung von einem Lager zum andern. Ein System war schwer erkennbar, wenn Menschen nach einem Jahr und nach Absolvierung verschiedener Lager wieder in ihr altes Lager zurückgebracht wurden, ohne inzwischen vernommen worden zu sein. Am ungerechtesten aber wurde empfunden, daß Menschen der gleichen Kategorie in den verschiedenen Zonen völlig verschieden behandelt wurden. Beamte einer bestimmten Rangstufe, die in der amerikanischen Zone in Haft sind, sind in der französischen und britischen Zone zum Teil in Freiheit, in verschiedenen Fällen wieder in einem Amt verwandt. Aber auch innerhalb der amerikanischen Zone kommen solche Verschiedenheiten der Behandlung vor. Von den Truppengeneralstabs-offizieren dürfte etwa die Hälfte entlassen sein, die andere Hälfte sitzt noch in Haft. Die Gründe sind nicht zu ermitteln. Ebenso wird es immer als besondere Willkür empfunden, wenn Vorgesetzte entlassen werden, während Untergebene, gegen die kein Spezialvorwurf erhoben wird, noch in Haft sitzen. Mir sind Fälle bekannt, in denen Staatssekretäre entlassen worden sind, die ihnen unterstellten Beamten aber noch in Haft zurückgehalten werden. Man muß bedenken, daß die lange Dauer der Inhaftierung eine erhebliche Nervosität unter den Internierten hervorgerufen hat, die auf alle solchen Tatbestände, die den Eindruck der Willkür machen, empfindlich reagiert.

Ein besonders trübes Kapitel sind die Frauenlager. Hier wirkt sich der Mangel einer individuellen Behandlung vielleicht noch krasser aus als bei den Männern. Nach Mitteilungen mir befreundeter Geistlicher findet sich dort nebeneinander edelstes Frauentum und Abschaum. Wenn man neben Mädchen, die in eine Besserungsanstalt gehören, Frauen in Haft behält, im gleichen Lager, die aus reinstem Idealismus in der NSV. tätig gewesen sind, dann liegt hier ein Zustand vor, den zu beseitigen ebenso im Interesse der Besatzungsmacht wie des deutschen Volkes liegt. Der Anblick der in einem Sonderlager mitten in einem Männerlager eingeschlossenen Frauen war gerade für den anständigen Teil der Inhaftierten schwer erträglich. Der Umstand, daß in dem gleichen Lager Ehegatte waren, die, durch den Drahtzaun getrennt, sich weder sprechen noch Verbindung miteinander aufnehmen durften, wirkte nur erschwerend.

Einige andere Internierungsprobleme sind in der Anlage dargelegt.

~~00085~~

Zusammenfassung möchte ich das Wichtigste noch einmal hervorheben:

In den Internierungslagern ist gerade bei den wertvollsten Menschen, deren es eine große Anzahl gibt, die Auffassung weitgehend verbreitet, daß für das deutsche Volk eine Zukunft nur an der Seite Amerikas und in immer enger werdender Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Volk möglich ist. Durch die bei der Behandlung des Internierungsproblems gemachten Fehler entsteht aber in einem bedrohlich wachsenden Umfang eine Stimmung, die von skeptischer Zurückhaltung über Mißtrauen und Haß bis zu dem positiven Entschluß, sich allen Verstandes- und Gefühlsmomenten, die dagegen sprechen, zum Trotz dem Bolschewismus anzuschließen, alle Skalen aufweist. Gerade Menschen mit ausgesprochenem Ehrgefühl reagieren auf psychologische Fehler stärker als Sklaven-seelen.

Es zeigt sich auch die Gefahr, daß unter dem Einfluß solcher Fehler die im Anfang der Besatzungszeit sehr lebendige und starke Einsicht in die Verkehrtheiten des Nationalsozialismus zu schwinden beginnt, daß in zunehmendem Maß, wenn auch noch nicht ein Hitler-Mythos, so doch ein nat. soz. Mythos entsteht, bei dem Alles hervorgehoben wird, was unter dem damaligen System besser sei als heute, die Fehler des Nat. Soz. aber, die Anbetung der Gewalt, die Rechtlosigkeit, die Willkür, das System der KZ. mit dem Bemerkten abgetan werden, daß das ja jetzt nicht anders sei. In zugespitzter Form brachte mir das kürzlich ein Internierter mit den Worten zum Ausdruck, erst die Amerikaner hätten ihn zu einem richtigen Nazi gemacht. Die jahrelange Unterbringung von Gefangenen in gemeinsamen großen Lagern ist nicht nur für die Entstehung, sondern vor allem für die Verbreitung solcher Parolen ein ungewöhnlich fruchtbarer Boden.

Die zu Weihnachten ausgesprochene Änderung in der amerikanischen Politik gegenüber dem deutschen Volk ist daher stärkstens zu begrüßen. Sie muß sich aber auch in der Behandlung des Interniertenproblems auswirken, das sich nur durch den baldigen Übergang zu einer individuellen Behandlung an Stelle der bisherigen schematischen Regelung lösen läßt. Das Ziel muß die Beseitigung der Internierungslager überhaupt sein, da im System solcher Lager unvermeidlich eine der Hauptquellen der bisher gemachten Fehler liegt. Bestimmte Einrichtungen, die im Prinzip verkehrt sind und sich daher als Notbehelf nur für eine begrenzte Zeit ertragen lassen, haben ein Schwergewicht

AAAAA

nach der negativen Seite hin, dem auch guter Wille nicht gewachsen ist.

Die Änderung in der amerikanischen Deutschlandpolitik kann aber nur Erfolg haben, wenn in der Frage der Denazifizierung, die im Mittelpunkt der inneren Politik Deutschlands steht, eine vollständige Änderung vorgenommen wird. Die Notwendigkeit, die Denazifizierung auf eine andere Grundlage zu stellen, ist in der Anlage dargestellt.

~~00000~~

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Anlage I

Die Lage des deutschen Volkes wird augenblicklich dadurch gekennzeichnet, daß sich auf seinem Boden und in Köpfen und Herzen seiner Bewohner der große Kampf zweier Weltanschauungen abspielt, der Kampf zwischen den auf den Grundsätzen der Humanität und Demokratie sich aufbauenden Idealen der Westmächte und dem totalitären Prinzip des Bolschewismus. Wer in Deutschland sein Volk liebt, kann nur innigst wünschen und hoffen, daß dieser Kampf nicht mit den Waffen ausgetragen wird. Denn ein solcher Krieg, der Deutschland wiederum als Kriegsschauplatz sehen würde, müßte die Zerstörung des deutschen Landes und die Vernichtung des deutschen Volkes zur Folge haben. Die furchtbaren Spuren des letzten Krieges reden eine zu deutliche Sprache. Und es würden, je nach ihrer politischen Einstellung, Deutsche auf beiden Seiten mitkämpfen, in der verzweifelten Hoffnung, hierdurch ihr Vaterland zu retten. Der Bruderkampf der Deutschen als Teil der großen Auseinandersetzung der Weltmächte würde, welche Seite schließlich auch den Sieg behielte, das Ende Deutschlands bedeuten.

Aber auch wenn es nicht zum Kriege kommt, sondern der Gegensatz zwischen Westen und Osten mit den mehr oder minder freundlichen Mitteln der friedlichen Auseinandersetzung, der Wirtschaftskonkurrenz, den Konferenzen mit ihren Kompromißlösungen, den Verhandlungen vor der UN. ausgetragen wird, bleibt es den Deutschen nicht erspart, innerlich ihre Entscheidung zu treffen und den geistigen und politischen Anschluß nach Westen oder nach Osten vorzunehmen. In dieser Entscheidung liegt auch die einzige Möglichkeit des deutschen Volkes, sich nicht nur als ein Objekt, als eine Schachfigur im Spiel der großen Mächte zu fühlen, sondern seinen eigenen Willen oder wenigstens seine Auffassung zum Ausdruck zu bringen.

Das deutsche Volk hat bisher eine erstaunliche Immunität gegen den Bolschewismus bewiesen. Am deutlichsten zeigen das die Wahlen in der russischen Zone. In sächsischen Großstädten, in denen seit Jahrzehnten sozialistische Mehrheiten ununterbrochen bestanden haben, treten erstmalig bürgerliche Mehrheiten auf, trotz der unzweifelhaft starken Wahlbeeinflussung, die stattgefunden hat. Wenn in kleineren Städten und auf dem Lande die bürgerlichen Parteien nicht

~~00000~~

zugelassen waren oder sich nicht betätigen durften, ist die kommunistische Mehrheit, die hier sich ergeben hat, entsprechend zu bewerten. Liest man die Ziffern der Wahlergebnisse mit dieser Maßgabe richtig, dann entsteht das Bild einer ausgesprochenen Ablehnung der bolschewistischen Weltanschauung. Der Grund dafür liegt in dem grauenhaften Anschauungsunterricht, den die Herrschaft des Bolschewismus in der russischen Zone dem deutschen Volk erteilt hat. Es gibt wohl wenige Deutsche, die nicht nächste Angehörige oder Bekannte besitzen, die Opfer dieses Terrors geworden sind. Aus meinem eigenen engsten Bekanntenkreise sind Männer erschossen, Frauen vergewaltigt, haben sich ganze Familien wegen Massenschändung ihrer Frauen und Töchter das Leben genommen. Eine Freundin meiner Tochter berichtet ihr von der Todesfahrt die 2000 Frauen und Mädchen der gebildeten Kreise Ostpreußens nach Sibirien haben antreten müssen. Nur $\frac{1}{4}$ ist dort lebend angekommen. 50 sind, weil arbeitsunfähig, zurückgeschickt. Die Schreiberin gehört zu den wenigen, die von dieser zweiten Fahrt lebend heimgekehrt sind. Die in Sibirien Verbliebenen sind verschollen. Kommen Erschießungen und Vergewaltigungen jetzt nicht mehr in dem gleichen Umfang wie früher vor, so ist doch der Zustand der Willkür und Rechtlosigkeit, der gleiche geblieben. In bestimmten Gegenden können Frauen nicht allein das Haus verlassen, Männer verschwinden spurlos, ohne daß man weiß, ob sie getötet, in ein KZ. gesteckt oder nach Rußland verschleppt sind. Sämtliche Besitzer eines ein bestimmtes Mindestmaß überschreitenden Besitzes sind mit ihren Familien von Haus und Hof verjagt worden, ohne irgend etwas mitnehmen zu dürfen, und zwar nicht etwa nur Nazis, sondern Menschen, deren einzige Schuld darin bestand, etwas zu besitzen. So ist meine Heimat verloren gegangen, die seit 400 Jahren im Besitz meiner Familie war. Der letzte Besitzer, der Sohn meines ältesten Bruders ist in einem russischen KZ. verhungert. Mein 85jähriger Adoptivvater, der als aufrechter Gegner der Nazis 12 Jahre lang große Schwierigkeiten gehabt hat, wurde ebenfalls aus Besitz und Haus vertrieben; er ist wenige Tage darauf gestorben. Zu diesem Gefühl völliger Unsicherheit kommt die Trostlosigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Lebensmittelrationen stehen größtenteils auf dem Papier. Die Menschen leben von Brot und Suppen, bei denen beiden Eichel- und Kastanienmehl den Hauptbestandteil bilden. Heizmaterial ist nicht vorhanden. Die Gas- und Elektrizitätsversorgung setzt täglich für Stunden aus. Da die Menschen über Kerzen, Petroleum oder

~~SECRET~~

sonstige Beleuchtungsmittel nicht verfügen, liegen Abends ganze Städte stundenlang in völliger Dunkelheit, und in dieser Dunkelheit hausen verzweifelte, hungernde, frierende Menschen. Selbst auf großen Eisenbahnstrecken sind die zweiten Gleise abmontiert. Auf den verbliebenen Gleisen fahren wenige Züge; sie haben keine Scheiben und sind lebensgefährlich überfüllt; auf Dächern, Puffern, Trittbrettern hängen Trauben von Reisenden. Die auf den enteigneten Gütern angesetzten Neusiedler sind größtenteils für selbständige Arbeit nicht geeignet, sie können das ihnen auferlegte Ablieferungssoll nicht erreichen, viele verlassen aus Furcht vor Strafe das ihnen gegebene Land. Große Strecken schlecht oder überhaupt nicht bestellten Landes sind die Folge. Will man einem totale Hungersnot vermeiden, wird nur der Ausweg der Kolchose überbleiben. Daß Fabrikarbeiter in Fabriken, die ganz oder teilweise von den Russen abmontiert werden - und das geschieht in großen Umfang - dem bolschewistischen System nicht günstig gestimmt werden, bedarf keiner Ausführung.

Alle diese Leute hält nur die eine Hoffnung aufrecht, daß dieser Zustand nur ein vorübergehender ist, daß es den Westmächten gelingen wird, sei es durch Zurückdrängung der Russen hinter eine weiter östlich verlaufende Linie, sei es durch ein neues System der Besatzung, bei dem die Zonengrenzen fallen und die Westmächte auch in der bisher russischen Zone Einfluß gewinnen, den augenblicklichen hoffnungslosen Zustand zu verändern. Wenn diese Hoffnung sich nicht verwirklichen läßt, dann besteht eine große Gefahr. Der Widerstandskraft, welche die deutschen Menschen in der russischen Zone bisher dem Bolschewismus innerlich entgegengesetzt haben, sind durch Not und Hunger Grenzen gesetzt. Menschen, die unter so trostlosen Verhältnissen leben, wie augenblicklich die Bewohner der russischen Zone, sind zu Verzweiflungsentschlüssen fähig. Der Widerstand läßt sich nur eine Zeitlang aufrecht erhalten. Schlägt die Hoffnung fehl, daß sie durch die Westmächte aus ihrem Elend befreit werden, dann folgen allmählich Alle dem Beispiel, das ihnen bereits diejenigen gegeben haben, die zum Bolschewismus übergegangen sind, d.h. sie versuchen ihre Lage dadurch zu verbessern, daß sie selbst Bolschewisten werden. Die Bolschewisierung eines Landes braucht nicht immer dadurch erreicht zu werden, daß man den Bewohnern zeigt, wie gut es sich unter diesem System le-

ben läßt; sie kann auch durch einx Übermaß von Not und Elend herbeigeführt werden, das den Menschen keine andere Wahl mehr läßt, als den verzweifelten Sprung in's Dunkle. Der Mensch kann eben, wenn er nicht tief religiös ist, nur ein bestimmtes Maß von Not, Hunger und Kälte ertragen. Dann ist es mit seiner Kraft zu Ende. In den Wirren des 30-jährigen Krieges schlossen sich die Bauern, als sie keine Hilfe gegen die fortgesetzten Überfälle von Räuberbanden erhielten, diesen Banden an, sie wurden selbst Räuber. Wenn die Deutschen in der russischen Zone nicht von auswärts Hilfe gegen den Bolschewismus bekommen, werden sie selber Bolschewisten werden. In welchem Tempo sich diese Entwicklung vollzieht, ist schwer zu sagen. Ich glaube nicht, daß man noch lange warten darf.

Auch in den von den Westmächten besetzten Gebieten hat bisher der Kommunismus keine erheblichen Erfolge erringen können. Ich glaube aber, daß man sich schwer täuschen würde, wenn man die bisherigen Wahlergebnisse als einen Ausdruck der Zufriedenheit mit den Besatzungsmethoden der Westmächte werten wollte. Sie stellen lediglich die Entschlossenheit des überwiegenden Teils der Deutschen Bevölkerung dar, den Bolschewismus nicht als Wirtschafts- und Regierungssystem eingeführt zu sehen. Ich glaube, daß neben den durch die Flüchtlinge aus der russischen Zone allenthalben in Deutschland verbreiteten Nachrichten über die Geschehnisse in diesen Gebieten zwei Gründe entscheidend für die Stellungnahme des deutschen Volkes sind. Der eine liegt in der ausgeprägten Liebe des Deutschen zum Eigentum und zur Wahrung seiner Individualität, einer Liebe, die gerade nach den Vermassungstendenzen, die einer Reihe von Maßnahmen und Organisationen des Nationalsozialismus zu Grunde lagen, jetzt besonders belebt und gestärkt worden ist. Der andere liegt in der grundsätzlichen, aus bitterster Erfahrung geborenen Ablehnung jeden Systems, das die Tendenz zum totalitären System in sich trägt. Der Deutsche will nicht die Diktatur eines Einzelnen vertauschen mit der Diktatur einer Partei - ganz abgesehen davon, daß die Diktatur einer Partei meist ebenfalls in der eines Einzelnen zu münden pflegt.- Wenn man trotz dieser grundsätzlichen Einstellung der Mehrheit des deutschen Volkes die Möglichkeit der Bolschewisierung als eine ernsthafte Gefahr in's Auge fassen muß, so sind hierfür folgende Gründe maßgebend:

~~00001~~

Ich sehe hierbei von der Gefahr der Ansteckung ganz ab, die von einer bolschewisierten Russenzone ausgehen kann. Sie ist groß genug. Ich sehe die Gefahr in dem Vakuum, das in so vielen Deutschen nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus und vor allem ihres Glaubens an den Nationalsozialismus entstanden ist. Das ist weniger der Fall bei den Unbelehrbaren, die nichts vergessen und nichts hinzulernen - deren Zahl ist nicht allzugroß -, auch nicht bei den Materialisten, die nur aus Opportunitätsgründen sich dem Nationalsozialismus angeschlossen hatten und jetzt ebenso rasch und gern sich einer anderen Partei anschließen - deren Zahl ist Legion, aber ihre Bedeutung ist gering -, sondern das Entscheidende liegt bei denen, die aus lauterem Motiven, aus Vaterlandsliebe, aus Idealismus, weil sie an der Bewegung nur das Gute im Auge hatten, das Schlechte nicht sahen oder nicht sehen wollten, sich der Bewegung angeschlossen haben, denn in allen Völkern kommt es immer entscheidend auf diese ehrlichen, gläubigen, anständigen Menschen an. Und diesen Menschen ist in Deutschland Alles zusammengebrochen, woran sie geglaubt, was sie verehrt, wofür sie gekämpft haben, wofür sie gestorben sind, und ist zu einer ungeheuren Last von Verbrechen und Schuld, von Leid und Elend geworden. Soviel verratener Glaube, soviel getäuschter Idealismus, sovieler Versprechungen, die nicht gehalten, sovieler Ziele, die ins Gegenteil verkehrt worden sind. Ist es ein Wunder, daß in solchen Menschen, vor allem in der Jugend ein Nihilismus entsteht, der mit den über Bord geworfenen Idealen den Glauben überhaupt verliert? Die Gefahr ist riesengroß, daß solche Menschen an keine Parolen, keine Versprechungen, keine Ideale mehr glauben wollen und daß sie für jede Bewegung zu haben sind, die entweder ihrer nihilistischen Einstellung am meisten entgegenkommt - und das ist entweder der Kommunismus oder eine Wiederauflebung des Nationalsozialismus unter anderen Namen und in anderer Form - oder die rein materielle Interessen am meisten zu befriedigen geeignet erscheint - und das wird bei geschickter Aufmachung wiederum der Kommunismus sein. - Diesem Nihilismus ist nur entgegenzutreten, wenn man den von ihm bedrohten Menschen ein Ziel und eine Hoffnung wiedergeben und ihnen ein System der Herrschaft zeigen kann, das sie durch seine augenfälligen Vorzüge packt und in dem sie einige von den Idealen wiederfinden können, denen sie selbst einmal, wenn auch auf falschem Wege, nachgegangen sind.

~~00000~~

Deshalb ist es für die deutsche Zukunft von so entscheidender Bedeutung, daß von den Westmächten in ihrer Besatzungspolitik keine Fehler gemacht werden, die aus diesen einzig möglichen Gesundungsprozeß des deutschen Volkes aufhalten oder hindern können. Es gibt noch immer Deutsche, die zwar solche Fehler sehen, aber schweigen, entweder aus einer gewissen Schadenfreude heraus: "die können es auch nicht besser", oder aus Angst; damit ist beiden Seiten nicht gedient. Nur mit einer offenen und ehrlichen Kritik, wie sie in letzter Zeit von einigen deutschen Zeitungen und von vereinzelt deutschen Politikern ausgesprochen wird, leistet man den Westmächten einen ebenso guten Dienst wie dem deutschen Volk. Denn die Fehler wirken sich nicht nur unmittelbar zu Ungunsten Deutschlands aus, sondern das Schlimme ist die indirekte psychologische Wirkung, die eine Kluft aufreißen kann zwischen der Besatzungsmacht und dem deutschen Volk. Das Ziel einer solchen positiven Kritik muß aber sein, eine solche Kluft nicht entstehen zu lassen, sondern das Gegenseitige Sicherverstehen - und schließlich auch Sichachten-Lernen zu fördern.

Ich kann hier nicht auf die wirtschaftliche Seite der Besatzungspolitik eingehen. Der verhängnisvolle Kreislauf, in dem sich die deutsche Wirtschaft bewegt, ist bekannt. Es fehlt an Kohle, weil die Bergleute nicht genug zu essen bekommen; die Ernährung ist unzulänglich, weil es sowohl an Ausfuhrwaren zur Bezahlung der nötigen Einfuhr wie an Betriebsmitteln (Dünger, landwirtschaftliche Maschinen) zu Förderung der landwirtschaftlichen Produktion fehlt; die Industrie kann die erforderlichen Ausfuhrwaren und Betriebsmittel nicht herstellen, weil es an Kohle fehlt. Man kann aus diesem Kreislauf nur auf dem Gebiet der Ernährung herauskommen. Hier verknüpft sich aber das wirtschaftliche Problem mit dem politischen Problem der Trennung Deutschlands in vier Zonen und der Wirtschaftsmethode im deutschen Osten, die aus einem landwirtschaftlichen Überschussgebiet eine Zone gemacht hat, die nichts abgeben kann und selbst hungert. Es ist daher auf dem Ernährungsgebiet noch kein Anzeichen eines neuen Anstiegs zu sehen; vielleicht ist sogar die unterste Sohle des Depressionstals noch nicht erreicht. Muß man aber weiter mit Ernährungsschwierigkeiten vor allem in den Großstädten rechnen, dann entsteht auch von dieser Seite her die Gefahr, daß auch in den Westzonen die kommunistische Welle ansteigt. Die Gefahr ist nicht so akut, wie in der russischen Zone, aber

~~00000~~

vorhanden ist sie auch hier. Einer Bevölkerung, die friert und hungert, ist mit den Segnungen der Demokratie nicht beizukommen. Sie radikalisiert; je stärker die Not steigt, um so mehr fällt sie erneut den Lockungen der Parolen totalitärer Systeme zum Opfer, um so mehr wird sie geneigt, das Böse der Vergangenheit zu vergessen und sich nur noch dessen zu erinnern, daß es ihr damals besser ging. Wenn man diese Gefahr der politischen Radikalisierung sieht, dann muß, je weniger auf dem Wirtschaftsgebiet im Augenblick geschehen kann, um so sorgsamer verhütet werden, daß diese Gefahr durch Fehler, die auf anderen Gebieten gemacht werden, noch vergrößert wird.

~~00004~~

Anlage II.

Das Problem der Internierung wird durch einen Umstand verschärft, den ich nicht verschweigen darf. Im C.I. werden in großer Zahl Angehörige des jüdischen Volkes verwandt. Diese treten dann den Internierten als Vertreter des amerikanischen Volkes gegenüber. Es ist selbstverständlich, daß die Angehörigen des jüdischen Volkes dem deutschen Volk gegenüber Rachegefühle empfinden. Von ihnen Objektivität und Unterscheidungsvermögen zu verlangen, ist eine Forderung, die wohl nur ganz wenige, besonders hervorragende und innerlich gereifte Persönlichkeiten zu erfüllen in der Lage sind. Wo diese Forderung aber nicht erfüllt wird, entsteht durch das Auftreten jüdischer Vernehmungsoffiziere, vor allem wenn es sich um noch sehr jugendliche Personen handelt, eine Spannung, die dem Sichnäherkommen des amerikanischen und des deutschen Volkes hinderlich ist. Mir ist von verschiedenen Internierten, die ich als ruhige und verständige Männer kannte, gesagt worden, daß sie bis zu ihrer Verhaftung keine Antisemiten gewesen seien. Sie seien es aber während ihrer Haftzeit geworden. Ich bedauere diese Entwicklung besonders aus dem Grunde, weil ja auch zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk ein Verhältnis hergestellt werden muß, das ein friedliches Zusammenleben ermöglicht.

Ich muß schließlich noch auf einen Übelstand hinweisen, der seit langem in den Lagern als solcher besonders stark empfunden wird. Es wird immer wieder von Internierten die Klage erhoben, daß sie nicht die an sich für sie zur Verfügung stehenden Mengen an Nahrungsmitteln, Marktenderwaren, Kleidungsstücken usw. erhalten, sondern daß ein Teil davon verschoben wird. Ich kann in keiner Weise zu dieser Behauptung Stellung nehmen, da ich Wahrnehmungen oder gar Feststellungen nach dieser Richtung nicht habe machen können. Anlaß zu diesem Verdacht geben die von den Lagern aus von Amerikanern in großem Umfang mit Lastkraftwagen vorgenommenen Aufkäufe in der Umgebung der Lager und die Tatsache, daß die Zuteilung an die Internierten, vor allem beim Tabak, in den Lagern eine völlig verschiedene war. Es mag sein, daß diese Verschiedenheit gelegentlich auf die Initiative eines wohlmeinenden Kommandanten zurückzuführen ist, der für seine Internierten besonders gut sorgte. In verschiedenen Lagern bestand der Verdacht, daß die deutsche Lagerleitung an Unregelmäßigkeiten beteiligt ist. Man schloß das einmal daraus, daß die Mit-

00005

glieder der "Lagerbürokratie" mit allen solchen Dingen erheblich besser versorgt seien als die übrigen Internierten. Man schloß es ferner aus der Art der Bestellung des Lagerleiters. Die Internierten wurden nämlich zwar zur Wahl aufgefordert, es wurde dann aber unter Umständen derjenige zum Lagerleiter ernannt, der weitaus die wenigsten Stimmen erhalten hatte. Man sollte nach meiner Ansicht diesen Gerüchten, die sich sowohl gegen die amerikanische wie gegen die deutsche Lagerleitung richteten, dadurch die Spitze abbrechen, daß man einen nach demokratischen Grundsätzen von den Internierten gewählten Vertrauensrat vollen Einblick in die Versorgungsfragen gewährt. Dann braucht der Lagerleiter nicht gewählt zu werden, sondern kann von den amerikanischen Lagerkommandanten ernannt werden. Denn daß der Lagerkommandant nur mit einem deutschen Lagerleiter zu tun haben will, den er kennt und der ihm genehm ist, ist selbstverständlich. Es kann im Übrigen leider nicht geleugnet werden, daß sich unter den Deutschen immer Elemente finden, die bereit sind, zu Unregelmäßigkeiten die Hand zu bieten, wenn sie nur selbst an den Vorteilen beteiligt werden. Es wäre dankenswert, wenn die Amerikaner solche charakterlosen Elemente nicht verwendeten, sondern abstießen.

Am Noch im Anfang des vergangenen Jahres kam es vor, daß bei einer Razzia in einem Lager nach verbotenen Gegenständen, wobei die Internierten vorher die Barracken verlassen mußten, Wertgegenstände, vor allem Uhren, in großer Zahl vermischwanden. Solche Übergriffe haben aufgehört, ebenso besteht jetzt völlige Sicherheit hinsichtlich der hinterlegten Gelder und Wertgegenstände, während in der ersten Hälfte der Besatzungszeit von den hinterlegten Geldern hohe Beträge verschwunden sind, ohne daß ihr Verbleib festgestellt werden konnte.

Dankenswerterweise haben in verschiedenen Lagern die amerikanischen Lagerleitungen deutschen Künstlern (Malern, Bildhauern usw.) durch Beschaffung von Räumen und Material die Möglichkeit geschaffen, ihrer Kunst nachzugehen. Es wurden von Amerikanern Aufträge an diese Künstler gegeben und ihnen dafür die Beträge bezahlt, die sie zur Neubeschaffung von Material (Leinwand, Farben usw.) brauchten. Soweit den Künstlern Zeit blieb, konnten sie Arbeiten herstellen, die in einer Reihe von Lagern außerhalb des Lagers verkauft wurden und deren Erlöse der Lager-Unterstützungskasse zufließen. Die-

~~00006~~

se Kasse, die im übrigen nur aus freiwilligen Spenden der Internierten gespeist wurde, diente dazu, völlig mittellosen Internierten bei ihrer Entlassung einen kleinen Betrag mitzugeben, oder besonders hilfsbedürftigen Angehörigen eine Unterstützung zuteil werden lassen. Ich war Vorsitzender des Unterstützungs-Ausschusses, der jetzt zu Weihnachten an notleidende Angehörige ein Weihnachtsgeschenk von 60,- Mark und für jedes Kind 10,- Mark machte. Der Einblick in die Notlage der Familien der Internierten war erschütternd, ebenso die Dankbriefe für diese kleine Unterstützung. Man sah, wieviel Freude man selbst mit einem solch geringen Betrag bereiten und wieviel Not man dadurch lindern konnte. Deshalb war es natürlich von Bedeutung, daß der Kasse möglichst viel Erlöse zuflossen. Es entstand daher leicht böses Blut, wenn bekannt wurde, daß einzelne Amerikaner, z.B. einem Maler sehr zahlreiche Aufträge gegeben hatten und daß ein solches Bild im Kunstladen der nächsten Stadt für das 10- oder 20fache des gezahlten Entgeldes verkauft wurde. Auch in diesen Fällen würde ich, damit übertreibenden Gerüchten vorgebeugt würde, eine klare Regelung und Rechnungslegung für zweckmäßig halten.

~~00097~~

Anlage III:

Das Denazifizierungsgesetz leidet unter einer Reihe ganz grundsätzlicher Mängel, die dem Rechtsempfinden wie der Moral zuwiderlaufen. Es verstößt gegen den elementaren Rechtsgrundsatz, nach dem eine Handlung, die zur Zeit ihrer Begehung nicht strafbar war, nicht nachträglich bestraft werden darf. Die strafbare Handlung besteht nur in der Zugehörigkeit zu einer damals völlig legalen Partei und in der Betätigung in einem von allen ausländischen Regierungen als zu Recht bestehend anerkannten Staatssystem. Da selbst die Verfasser des Denazifizierungs-Gesetzes diese Handlungen kaum als "strafbar" zu bezeichnen wagten, bezeichneten sie die im Gesetz vorgesehenen Strafen als "Sühnemaßnahmen". Bedenkt man aber, daß diese Sühnemaßnahmen 10 Jahre Strafarbeit, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer, die Bestimmung, daß die "Betroffenen" von ihrem Eigentum nur das zur Führung eines notdürftigen Lebens notwendige behalten dürfen, umfassen so erkennt man ohne weiteres, daß diese sogenannten Sühnemaßnahmen Strafen von einer Schärfe sind, wie sie kaum ein anderes Strafgesetz kennt. Es sind Strafen, die praktisch die Vernichtung der bürgerlichen Existenz bedeuten.

Dazu kommt, daß diese Strafen sich nicht nur gegen den "Betroffenen" richten, sondern gerade durch die Entziehung künftiger Arbeitsmöglichkeit die ganze Familie treffen, sich also als schwerste Sippenhaftung auswirken. Da von dem Gesetz mindestens ein Drittel des deutschen Volkes betroffen wird, kann man sich vorstellen, welche Tüle von Haß und Angst in Millionen deutscher Familien getragen wird.

Nun wird von verschiedenen Seiten darüber geklagt, daß das Gesetz noch nicht wachrig genug durchgeführt und noch nicht alle Schuldigen Personengruppen träge; es müsse also noch ausgedehnt werden. Dieser Forderung liegt ein berechtigter Gedanke zu Grunde. Von der WAV. in Bayern ist ausgeführt worden, daß die Mitglieder der Reichstagsfraktionen, die 1933 für das Ermächtigungsgesetz für Hitler im Reichstag gestimmt haben, auch unter das Gesetz fallen müßten. Das ist nicht unberechtigt, denn durch dieses Gesetz, das den entscheidenden Faktor für die weitere Entwicklung bildete, haben sie Hitler erst die legale Grundlage für verfassungsändernde Gesetze gegeben. Der Einwand, daß sie sich unter einem Zwang befunden hätten, ist sehr zweifelhafter

~~00000~~

Natur. Sicherlich lag aber kein Zwang für die Loyalitätserklärungen vor, welche die alten politischen Parteien 1933 bei ihrer freiwilligen Selbstauflösung abgaben. Die Bayerische Volkspartei gab "für jeden bisherigen Angehörigen ihrer Partei den Weg frei, unter der unmittelbaren Führung Adolf Hitlers am Aufbau des neuen Deutschland mitzuwirken". Die Zentrumsparterie gibt "ihren Anhängern die Möglichkeit, ihre Kräfte und Erfahrungen der unter Führung des Herrn Reichskanzler stehenden nationalen Front zur positiven Mitarbeit im Sinne der Festigung unserer nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und zur Mitwirkung am Neuaufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen? Selbst der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs empfiehlt den Inhabern ihrer Mandate "ihre Tätigkeit in einem Sinne auszuüben, der weder einen Zweifel an ihrer nationalen Gesinnung noch an dem guten Willen zuläßt, die politische Neubildung Deutschlands nach den Plänen der nationalen Revolution zu unterstützen." Positiver kann man sich nicht ausdrücken. Ist es ein Wunder, wenn die Massen der Anhänger dieser Parteien diese Aufforderung zur loyalen Mitarbeit im nat. soz. Staate als die letzte Empfehlung ihrer bisherigen Parteiführer ansahen, der nat. soz. Partei beizutreten? Wenn nun Menschen, die dieser Empfehlung gefolgt sind, unter ein Denazifizierungsverfahren fallen, dann empfinden sie mit Recht ein schreiendes Unrecht darin, wenn diese damaligen Parteiführer nicht dem gleichen Verfahren unterworfen werden.

Aus linksgerichteten Kreisen kommt eine andere Forderung. Dort empfindet man es als unbefriedigend, daß kleine Beamte, z.B. Post- und Eisenbahnschaffner, unter das Verfahren fallen sollen, daß aber große Industrielle, die vor dem Kriege und im Kriege gut verdient, die also von der Nazi-Herrschaft profitiert haben, unberührt bleiben sollen. Auch dieser Forderung liegt ein richtiger Gedankengang zu Grunde. Der Gedanke, daß man alle diejenigen zu Sühnemaßnahmen heranziehen müßte, die aus der Nazi Herrschaft Nutzen gezogen haben. Man kann das aber nicht auf den industriellen Betriebsinhaber beschränken. Gilt das nicht auch für Rechtsanwälte und Ärzte, für Handwerker und Bauern, ja schließlich auch für die Arbeiter selbst? Haben sie nicht alle ein gutes, ja ein besseres Auskommen als vor 1933 gehabt? Haben sie das nicht alle gern in Kauf genommen, und ist es nicht darauf zurückzuführen, daß bis 1945 Hitler im ganzen Volk solche Unterstützung gefun-

~~00000~~

den hat? Wollte man aber dieses - durchaus gerechte - Prinzip durchführen, dann könnte man nur die Deutschen, die ins Exil gegangen sind, die aktiven Mitglieder einer Widerstandsbewegung und die politischen KZ-Häftlinge von dem Verfahren ausnehmen. Alle anderen müßten darunter fallen. Es ist ohne weiteres klar, daß sich das nicht durchführen läßt. Sieht man aber von dieser Ausdehnung des Gesetzes ab, dann treten alsbald wieder Ungerechtigkeiten auf. Durch das Beamtenüberungesetz hatte jeder Beamte die Möglichkeit, aus dem Staatsdienst auszuscheiden. Ist nun der Beamte schuldiger, der aus der staatsrechtlichen Struktur, welche die Partei zur Grundlage des Staates gemacht hatte, die Konsequenz zog und der Partei beitrug, weil er sich sagte, daß er selbst anständigerweise von diesem Staate kein Gehalt annehmen und nicht den Treueid auf Hitler leisten dürfe, ist er schuldiger als der andere Beamte, der diese Konsequenz nicht zieht, aber ruhig im Staatsdienst bleibt? Aber der eine fällt unter das D.G., der andere wird Ministerpräsident in einem deutschen Lande. Gerechtigkeit kann man in dieser Lösung nicht erblicken.

Weil nun die meisten fühlen, daß sie eigentlich auch unter das Gesetz fallen müßten, halten sich "gerecht und edel denkende Männer", die das Gesetz als Mitglieder der Spruchkammern fordert, aus Anstandsgefühl der Mitwirkung an dieser Rechtsprechung fern. Die große Gefahr besteht, daß als Mitglieder der Spruchkammern im wesentlichen Personen fungieren, die an bestimmten Betroffenen persönlich einen Racheakt vollziehen oder in der Befürchtung, vielleicht selbst einmal von dem Verfahren erfaßt zu werden, ihre Antinazi-Einstellung eindeutig unter Beweis stellen wollen. Wer wäre denn als Mitglied der Spruchkammern wirklich objektiv, die Kommunisten, die selbst Vertreter eines autoritären Systems sind und die nach der Erklärung des früheren Ministers Schmitt in der Durchführung des Gesetzes die willkommene Gelegenheit sehen, eine soziale Umschichtung - die Proletarisierung der besitzenden und gebildeten Schichten - vorzunehmen, oder Menschen die selbst Nutznießer des Systems gewesen sind? Auch von KZ-Häftlingen und Exil-Deutschen kann man infolge des Schweren, das sie selbst erlebt haben, die für eine richterliche Tätigkeit erforderliche Objektivität nicht erwarten. Wer bleibt dann übrig? Schließlich nur die Vertreter der Kirchen. Aber die Kirchen lehnen ja das ganze Gesetz als der christlichen Moral widersprechend ab. So ist es zu erklären,

~~00100~~

daß die Spruchkammern händeringend nach Mitgliedern suchen, daß in den der deutschen Verwaltung übergebenen Lagern die Internierten in steigender Erregung auf ihre Entlassung warten. Aber sie erfolgt nicht, weil das Verfahren vor der Spruchkammer nicht zustande kommt. Und wo die Spruchkammern in Tätigkeit treten, da ist eine furchtbare Entzweiung im Volk die alsbaldige Folge. In Bayern wird ein Student, der vor 1939 kurze Zeit einmal der HJ angehört hat, zu 1 Jahr Strafarbeit verurteilt. Der Vater, ein angesehener Mann, der nie der Partei angehört hat, kündigt allen Mitgliedern der Spruchkammer, die mit diesem ungerechten Spruch seiner Familie eine schwere Schmach angetan habe, Feindschaft auf Generationen an. Unter dem Eindruck dieser Erklärung lösen sich in dieser Gegend gleiche eine ganze Reihe von Spruchkammern auf, in der Sorge, ihnen könnte bei einem Spruch das Gleiche begegnen. Daß der Korruption bei solcher Art des Verfahrens Tür und Tor geöffnet ist, versteht sich von selbst. Und die Spruchkammern können es mit ihrer Tätigkeit keinem recht machen. Jeder Spruch wird von der einen Hälfte als zu hart, von der anderen als zu milde angesehen. Von den Rechtsmitteln wird, wie sei es von Staatsanwalt, sei es von den Betroffenen in einem Umfang Gebrauch gemacht, daß noch nach Jahren diese Verfahren im Gange sein würden.

Der Fehler liegt in der Grundkonzeption. Wenn man das Nazitum aus dem deutschen Volk ausrotten will, dann kann man es nur im Wege der Erziehung (der Jungen und der Alten), des Beispiels und des schärfsten Einschreitens an Stellen, wo sich noch Nazimethoden zeigen, erreichen. Der schlechteste Weg ist der, mit Nazimethoden gegen ganze Gruppen von Menschen vorzugehen. Dadurch bricht man dem deutschen Volk das moralische Rückgrat. Es wird ein widerwärtiges Denunziantentum großgezogen, und man führt sowohl die, die vor Gericht stehen, als auch die die zu Gericht sitzen, in die Versuchung, ihre Vergangenheit zu verleugnen und zu Heuchlern und Lügnern zu werden. Gerade dieser Geist der Unwahrheit ist aber eine der schlechtesten Seiten des vergangenen Systems gewesen. Man kann es zugespitzt so ausdrücken: Durch die Denazifizierung der einen Hälfte des deutschen Volke nazifiziert man das ganze Volk. Die Ablehnung der Denazifizierung hat mit der berechtigten Forderung, daß alle, die sich an Verbrechen beteiligt haben, bestraft werden sollen, nichts zu tun, ebensowenig mit der Forderung, daß Menschen, die im Hitler-Staat an leitenden Stellen gestanden haben, auf diese Posten nicht zurückkehren. Dazu bedarf es aber keiner Denazifi-

00101

zierung, das ergibt sich von selbst. Warum aber ein Straßenbahnschaffner, der, wie die meisten Beamten, 1933 in die Partei eingetreten ist, nicht weiter Schaffner bleiben kann, zumal wenn es an ausgebildeten Schaffnern fehlt, ist nicht einzusehen. Grotesk wird es, was auch vorgekommen ist, wenn man einen Regierungsrat zur Strafe zum Straßenbahnschaffner degradiert. Entweder kann diese Stelle überhaupt nicht von einem ehemaligen Nazi bekleidet werden oder aber wenigstens von dem, der es kann, und nicht von einem Degradierten, der es nicht versteht.

Von welcher Seite man auch die Denazifizierung betrachtet man kommt zu dem Ergebnis, daß sie rechtlich, moralisch und praktisch ein Unding ist. Es kann in Deutschland nicht zur Beruhigung kommen, es ist kein Wiederaufbau möglich, es bleibt die Gefahr der Demokratisierung und Radikalisierung des ganzen Volkes akut, solange nicht das Verfahren grundlegend geändert wird.

~~00103~~